



Taschenstatistik der Schweiz 2009



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10
CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon 032 713 60 11

Telefax 032 713 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon 032 713 60 60

Telefax 032 713 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (-) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 2.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsommen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik

Sektion Diffusion und Amtspublikationen

Februar 2009. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption und Redaktion:

Bernhard Morgenthaler, Armin Grossenbacher

Grafiken:

Daniel von Burg, Vanessa Spaggiari

Karten:

Sabine Kuster

Organisation:

Etienne Burnier

Layout:

Pierre-Alain Baeriswyl, Daniel von Burg

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-0900

ISBN:

978-3-303-00414-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Bevölkerung	2
Raum und Umwelt	7
Arbeit und Erwerb	9
Volkswirtschaft	12
Preise	14
Industrie und Dienstleistungen	15
Land- und Forstwirtschaft	18
Energie	19
Bau- und Wohnungswesen	20
Tourismus	21
Mobilität und Verkehr	22
Die Schweiz und Europa	24
Banken, Versicherungen	26
Soziale Sicherheit	27
Gesundheit	30
Bildung und Wissenschaft	32
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	35
Politik	37
Öffentliche Finanzen	39
Kriminalität und Strafrecht	41
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	43
Nachhaltige Entwicklung	47
Regionale Disparitäten	48
Die Schweiz und ihre Kantone	49

Nicht nur in deutscher, sondern auch in französischer, italienischer, englischer und rätoromanischer Sprache vermittelt die «Taschenstatistik der Schweiz» die wichtigsten statistischen Informationen – und dies einfach zugänglich und dank Grafiken und Texten in gut verständlicher Form.

Ist die Taschenstatistik mit 100 000 gedruckten Exemplaren die auflagenstärkste Publikation des Bundesamtes für Statistik (BFS), so ist das Portal Statistik Schweiz (www.statistik.admin.ch) mit seinen jährlich 2,5 Millionen Besuchen (2008) die statistische Online-Referenz. Alle Publikationen des BFS – darunter auch die Taschenstatistik – und weiterer öffentlicher Statistikstellen sind im Statistikportal kostenlos verfügbar, neben Zehntausenden von herunterladbaren Dateien im Statistischen Lexikon (www.lexikon-stat.admin.ch).

Beide Angebote erfüllen ihren eigenen Zweck: Wer die aktuellsten statistischen Informationen oder auch Detailergebnisse braucht, findet diese im Statistikportal; wer stets eine statistische Notration – fern auch von allen Kommunikationsnetzen – verfügbar haben will, greift zu dieser handlichen Broschüre. Je nach Bedarf ist die Fülle an Daten und Informationen des Statistikportals angebracht oder aber die Knappheit der Taschenedition gefragt.

Und beide Angebote haben ihre «Hits»: Dazu zählt in der Taschenstatistik der internationale Quervergleich in über 40 Kennzahlen zwischen der Schweiz, ihren wichtigsten Nachbarstaaten und der Europäischen Union der 25 Staaten. Und im Statistikportal ist es seit kurzem die Seite «Neues im Portal», welche in einer Übersicht die neusten Veröffentlichungen kurz und mit weiterführenden Links präsentiert (www.statistik.admin.ch → Aktuell → Neues im Portal).

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre der Taschenstatistik 2009 und ausführliche Besuche im Statistikportal des Bundesamtes für Statistik.

Dr. Jürg Marti

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, im Januar 2009

Weitere Informationsquellen:

- Wer sich ausführlicher zu einzelnen Themen informieren will, greift mit Gewinn zum zeitgleich erschienenen neuen «Statistischen Jahrbuch der Schweiz»: www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz → Überblickspublikationen → Statistisches Jahrbuch der Schweiz
- Pressemitteilungen als NewsMail: Die Pressemitteilungen des BFS können im Originalwortlaut als direkte NewsMail auf Ihre E-Mail-Adresse abonniert werden – prompt und gratis. (Anmeldung: www.news-stat.admin.ch)
- Auf gleichem Weg erhalten Sie auch die Anzeige der neusten Publikationen des Amtes oder Mitteilungen aus bestimmten Bereichen (thematische Newsletter).
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon 032 713 60 11 oder per E-Mail an: info@bfs.admin.ch.

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2007

	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 1997–2007 in %
Schweiz	7 593,5	21,1	73,4	190	7,0
Zürich (ZH)	1 307,6	22,9	95,0	787	10,7
Bern (BE)	963,0	12,5	62,3	165	2,6
Luzern (LU)	363,5	15,8	51,0	254	6,0
Uri (UR)	35,0	8,7	0,0	33	-2,2
Schwyz (SZ)	141,0	17,2	80,2	166	12,7
Obwalden (OW)	34,0	11,9	0,0	71	6,8
Nidwalden (NW)	40,3	10,0	87,5	167	8,2
Glarus (GL)	38,2	19,1	0,0	56	-1,3
Zug (ZG)	109,1	22,0	96,1	527	14,8
Freiburg (FR)	263,2	16,7	55,5	165	14,5
Solothurn (SO)	250,2	18,7	77,2	317	3,6
Basel-Stadt (BS)	185,2	30,3	100,0	5 006	-4,1
Basel-Landschaft (BL)	269,1	18,1	91,7	520	5,4
Schaffhausen (SH)	74,5	21,9	74,0	250	1,1
Appenzell A. Rh. (AR)	52,7	13,2	53,0	217	-2,5
Appenzell I. Rh. (AI)	15,5	9,8	0,0	90	3,9
St. Gallen (SG)	465,9	20,9	66,7	239	5,0
Graubünden (GR)	188,8	14,8	49,2	27	1,7
Aargau (AG)	581,6	20,4	65,4	417	8,9
Thurgau (TG)	238,3	19,9	49,5	276	5,7
Tessin (TI)	328,6	25,2	86,8	120	7,5
Waadt (VD)	672,0	29,0	74,8	238	10,5
Wallis (VS)	298,6	19,1	56,7	57	9,2
Neuenburg (NE)	169,8	23,4	74,5	237	2,6
Genf (GE)	438,2	37,4	99,2	1 783	10,5
Jura (JU)	69,6	11,8	30,1	83	0,9

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2007

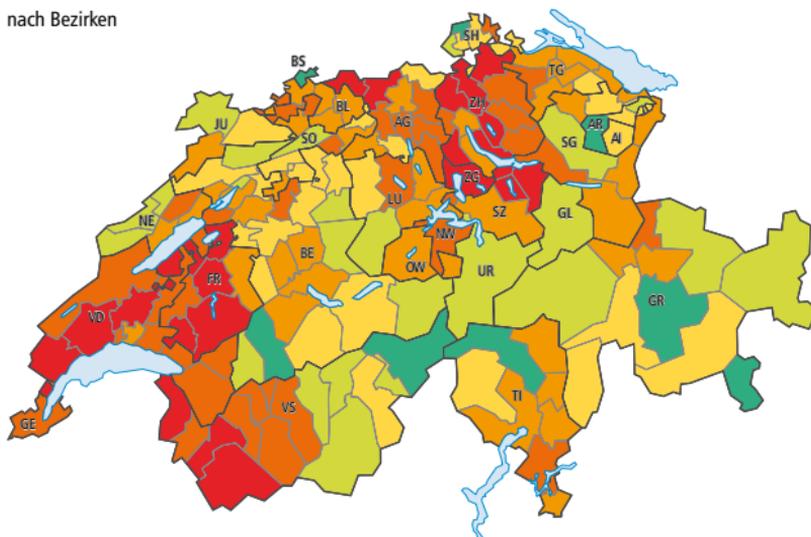
	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 1997–2007	in 1000	Wachstum in % 1997–2007
Total	943,9	2,5	2 789,0	8,2
Zürich	358,5	5,9	1 132,2	11,0
Genf	180,0	4,3	503,6	11,5
Basel	163,5	-4,5	489,9	2,4
Bern	122,7	-1,4	346,3	2,8
Lausanne	119,2	4,6	317,0	8,7

Expansion des städtischen Raums

Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung wohnt heute in den Agglomerationen der fünf Grosstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne. Ein Drittel lebt in den übrigen städtischen Regionen und ein weiteres Drittel in den ländlichen Gebieten. Der Anteil der städtischen Bevölkerung nahm zwischen 1981 und 2007 von 74,5% auf 73,4% ab, während der Anteil der ländlichen Gebiete in dieser Zeit von 25,5% auf 26,6% zunahm.

Bevölkerungswachstum 1997–2007

nach Bezirken



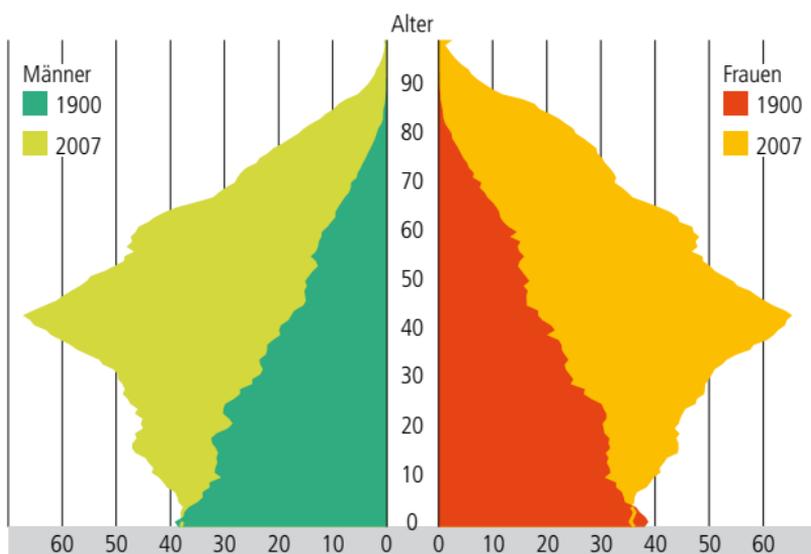
Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung, in %

CH: +7,0 %



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist die Zahl der alten Menschen gestiegen, während die Anteile der Jugendlichen und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken sind. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» (1900) zu einer «Tanne» (2007) gewandelt. Für die Schweiz ist heute ein Altersaufbau typisch, bei dem die geburtenstarken Jahrgänge 1959–1971 dominieren. Ihnen steht eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber.

Lebendgeburten 2007

Total	74 494
Knaben je 100 Mädchen	105,2
Anteil nicht ehelicher Lebendgeburten in %	16,2
Mehrlingsgeburten	1 215
Zwillingsgeburten	1 191
Kinder je Frau ¹	1,46

Todesfälle 2007

Total	61 089
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	547
20–39 Jahre	1 057
40–64 Jahre	8 333
65–79 Jahre	15 891
≥ 80 Jahre	35 261

Internationale Wanderungen 2007

Eingewanderte Personen	165 634
davon Ausländer	143 855
Ausgewanderte Personen	90 175
davon Ausländer	60 688
Wanderungssaldo	75 459
Schweizer	–7 708
Ausländer	83 167

Binnenwanderungen² 2007

Total Zu- und Wegzüge	423 346
------------------------------	----------------

Heiraten 2007

Total	40 330
Schweizer/Schweizerin	20 414
Schweizer/Ausländerin	8 276
Ausländer/Schweizerin	6 861
Ausländer/Ausländerin	4 779
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,2
Ledige Frauen	28,9

Scheidungen 2007

Total	19 882
mit unmündigen Kindern (%)	45,1
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 160
5–9 Jahre	5 483
10–14 Jahre	3 701
15 und mehr Jahre	8 538
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	49,1

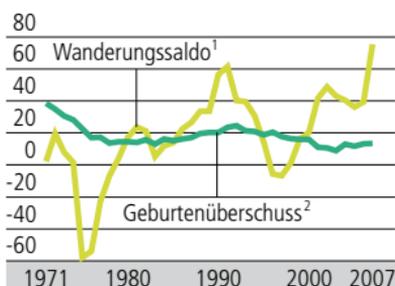
1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

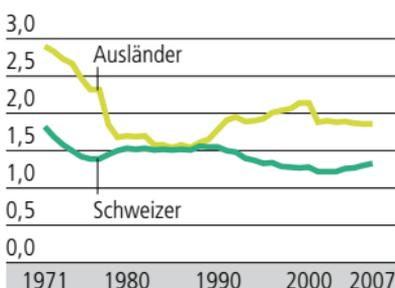
in 1000



1 inkl. Statuswechsel: Wechsel von einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als 12 Monaten zu einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von 12 Monaten oder mehr.

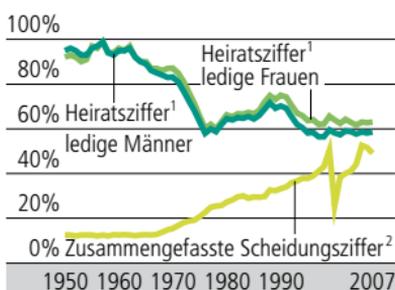
2 Lebendgeburten minus Todesfälle

Zusammengefasste Geburtenziffer¹



1 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1 linke Spalte

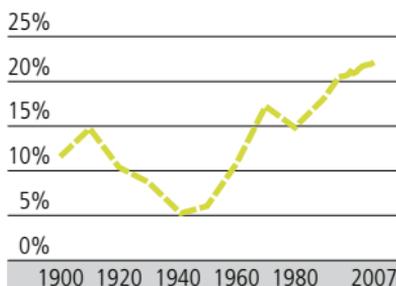
Heiraten und Scheidungen



1 Anteil (%) der ledigen Männer, bzw. Frauen jünger als 50 Jahre, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

2 Siehe Anmerkung 3 linke Spalte

Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



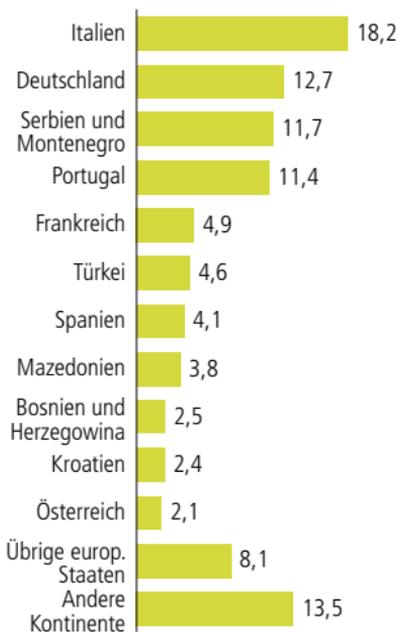
Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2007

	in 1000
Total¹	1 703,8
Aufenthalter (Ausweis B)	450,3
Niedergelassene (Ausweis C)	1 091,4
Kurzaufenthalter (≥ 12 Monate) (Ausweis L)	29,3
Internationale Funktionäre und Diplomaten	27,6
Kurzaufenthalter (< 12 Monate) (Ausweis L)	61,0
Asylsuchende (Ausweis N)	17,9
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	22,8

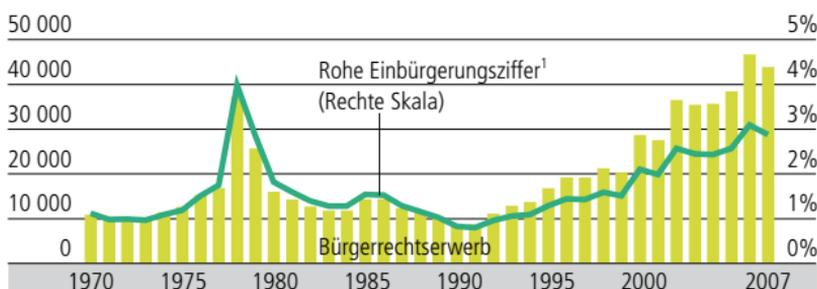
¹ Inkl. Ausgleichsbestand

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2007

in %



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



¹ Anzahl Bürgerrechtserwerbe in % der ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländerinnen und Ausländer: viele in der Schweiz geboren, aber nicht eingebürgert

Der Ausländeranteil in der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 21,1%. Über die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (54%) lebt seit mehr als 15 Jahren hier oder ist schon hier geboren. Gemessen an der Einbürgerungsziffer von 2,9% (2007: 43 900 Personen) besteht immer noch ein grosser Integrationsrückstand.

Die ausländische Bevölkerung ist jung: auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter entfallen nur 10,7 im Rentenalter (Schweizer: 31,3). Damit hängt auch zusammen, dass 25,1% der 2007 in der Schweiz geborenen Kinder eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. 2007 ist die Zahl der Einwanderer gegenüber dem Vorjahr um 34,2% gestiegen. Dabei stammten 69,2% der Eingewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.

Weiterhin leben die meisten in Familien

Der Familienhaushalt ist auch heute noch die dominierende Lebensform. Fast drei Viertel der Bevölkerung leben in Paarhaushalten – 49% mit Kindern, 26% ohne (2007). 6% leben in Einelternhaushalten. Die traditionelle Familie – Ehepaar mit Kindern – herrscht bei den 35- bis 49-Jährigen klar vor (58%; zum Vergleich: unverheiratete Paare mit Kindern 2%).

Auch unter den kinderlosen Personen wohnt nur eine Minderheit allein, nämlich 28% der 21- bis 34-Jährigen und 37% der 35- bis 49-Jährigen (2000).

Generell werden Ehe und Familie immer weiter hinausgeschoben. Nur jede fünfte Frau (21%) des Jahrgangs 1965–1969 hat vor dem 25. Altersjahr ein Kind geboren; beim Jahrgang 1945–1949 waren es noch 44% gewesen. Die jungen Menschen verlassen das Elternhaus auch später (Männer des Jahrgangs 1970–1974 vor dem 20. Lebensjahr zu 23%, Jahrgang 1945–1949 noch zu 45%).

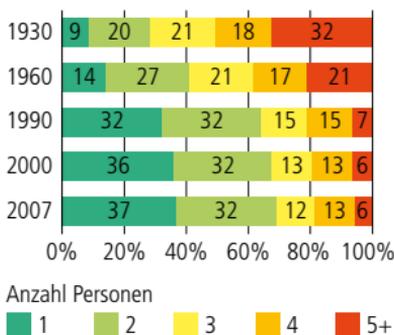
Religionszugehörigkeit 2000 in %

Protestantisch ¹	35,3
Römisch-katholisch	41,8
Christkatholisch	0,2
Christlich-orthodox	1,8
Andere christliche Gemeinschaften	0,2
Jüdische Glaubensgemeinschaft	0,2
Islamische Gemeinschaften	4,3
Andere Kirchen und Religionsgemeinschaften	0,8
Keine Zugehörigkeit	11,1
Ohne Angabe	4,3

¹ Inkl. Neupostolische Kirchen und Zeugen Jehovas

Haushaltsgrösse

Nur Privathaushalte

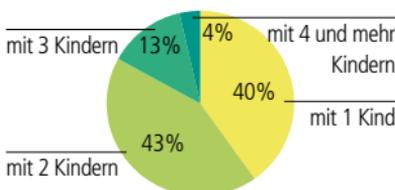


Privathaushalte 2007 in 1000

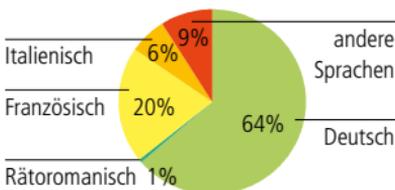
Total	3 324,3
Einpersonenhaushalte	1 224,8
Familienhaushalte	2 055,1
Paare ohne Kinder	936,2
Paare mit Kindern	908,1
Elternteil mit Kindern	179,6
Einzelperson mit Elternteil	31,1
Nichtfamilienhaushalte	44,4

Familienhaushalte mit Kindern 2000

Nur ledige Kinder unter 18 Jahre



Sprachen 2000¹



¹ Bevölkerung nach Hauptsprachen

Witterung 2007

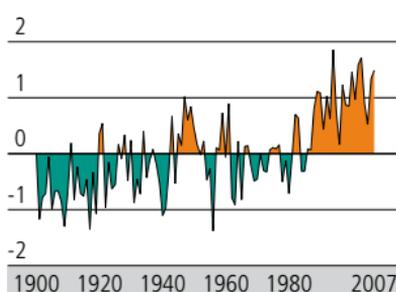
Station	Mittlere Lufttemperatur		Jährliche Niederschlagsmenge		Jährliche Sonnenscheindauer	
	°C	Abw. ¹ in °C	mm	Index ²	Std.	Index ²
Lugano (273 m ü. M.)	13,5	1,9	1 143	74	2 317	114
Basel-Binningen (316)	11,3	1,7	952	122	1 785	112
Genf-Cointrin (420)	11,2	1,4	1 127	116	2 077	123
Neuenburg (485)	10,8	1,5	1 302	140	1 843	119
Sitten (482)	10,8	1,6	757	127	2 257	113
Zürich-MeteoSchweiz (556)	10,1	1,6	1 153	106	1 770	119
Bern-Zollikofen (553)	9,5	1,3	1 291	126	1 941	119
St. Gallen (779)	9,1	1,7	1 129	90	1 583	114
Davos-Dorf (1594)	4,1	1,3	1 006	93	1 803	107

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961–1990)

2 100 = langjähriger Mittelwert (1961–1990)

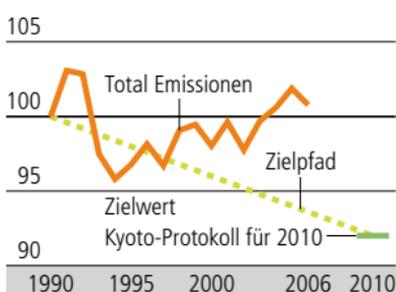
Temperaturabweichung

von Mittelwert 1961–1990, in °C



Treibhausgas-Emissionen

Index 1990=100



Klimawandel

Der Treibhauseffekt ist ein natürliches Phänomen – ohne ihn läge die globale Durchschnittstemperatur rund 30°C tiefer. Allerdings verändert der Mensch durch den Ausstoss von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan, Lachgas, u.a.) die Zusammensetzung der Atmosphäre und verstärkt auf diese Weise den Treibhauseffekt. Als Folge davon ist seit 1970 eine Temperaturzunahme zu beobachten, die nicht mehr mit den natürlichen Schwankungen des Klimas erklärbar ist.

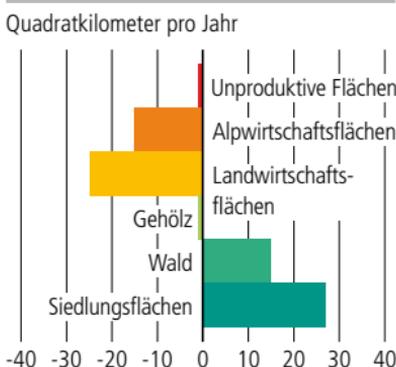
Bodennutzung

Erhebungsperiode 1992–1997

	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald, Gehölze	12 716	30,8
Landw. Nutzfläche	9 873	23,9
Alpwirtschaft	5 378	13,0
Siedlungsfläche	2 791	6,8
Gewässer	1 740	4,2
Andere unprod. Flächen	8 787	21,3

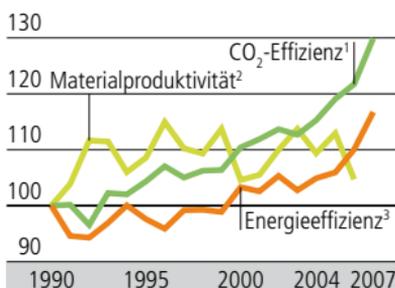
Bodennutzungswandel

Entwicklung 1979/85–1992/97



Ökoeffizienz

Index 1990=100



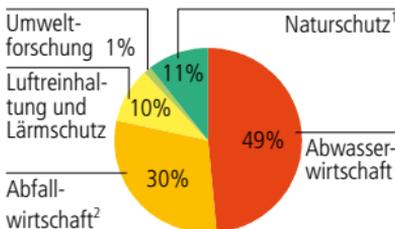
1 BIP / CO₂-Emissionen

2 BIP / Totaler Materialaufwand

3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2006

Total: 3,7 Mrd. Fr.



1 inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen.

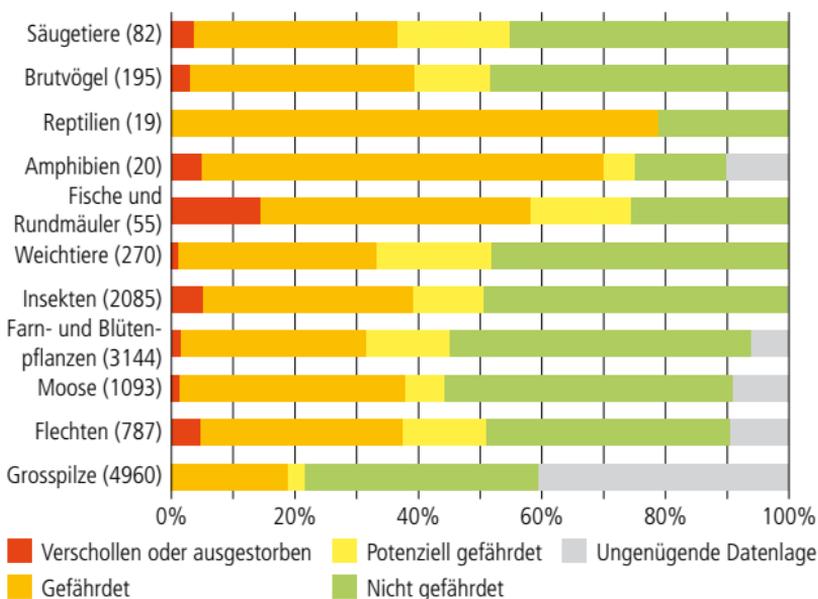
2 Ohne Verbrennungsanlagen für Hauskehricht.

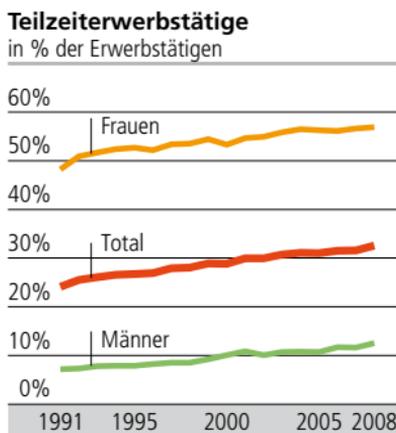
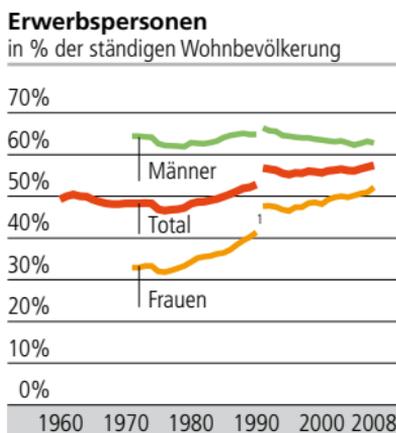
Ökoeffizienz der Wirtschaft

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zum ausgestossenen CO₂, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand höhere Geldmengen erwirtschaftet werden. Eine steigende Effizienz kann aber auch darauf hindeuten, dass der Dienstleistungssektor auf Kosten des energie-, material- und CO₂-intensiven Industriesektors an Bedeutung gewinnt und dass umweltbelastende Produktionsprozesse ins Ausland verlagert worden sind.

Biodiversität – bedrohte Arten

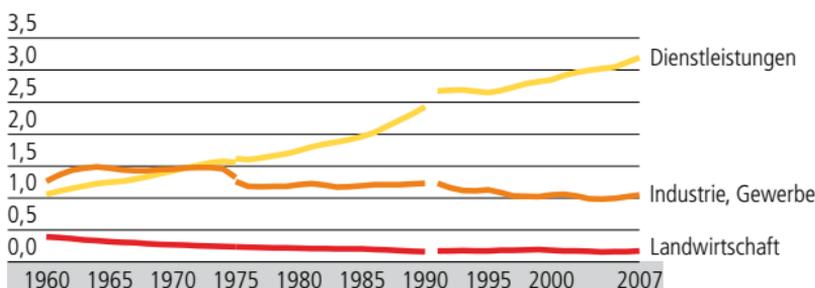
Stand: 1994–2007 je nach Artengruppe





1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftssektor in Mio.



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht in 1000

	1991	1995	2000	2005	2006	2007
Total	4 075	3 952	4 080	4 201	4 304	4 413
Schweizer/innen	3 032	2 966	3 100	3 136	3 198	3 257
Ausländer/innen	1 043	986	980	1 065	1 106	1 156
Niedergelassene	556	564	595	574	573	587
Aufenthalter/innen	180	205	183	242	264	283
Saisonniers ¹	72	38	23	–	–	–
Grenzgänger/innen	181	146	143	176	187	203
Kurzaufenthalter/innen	20	17	20	56	63	63
Übrige Ausländer/innen	33	17	16	18	19	20
Männer	2 389	2 282	2 301	2 331	2 385	2 447
Frauen	1 686	1 670	1 779	1 870	1 919	1 966

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Selbständigerwerbende

Trotz beträchtlicher Konjunkturschwankungen ist die Zahl der Selbständigerwerbenden innerhalb der letzten zehn Jahre praktisch stabil geblieben. Im Jahr 2008 betrug die Selbständigenquote 14% (1998: 15%). Die finanzielle und soziale Lage vieler Selbständigerwerbender ist schwierig. 2008 beanspruchten 24% der Vollzeit-Selbständigerwerbenden (inkl. Arbeitnehmende im eigenen Betrieb) aber nur 18% der Vollzeit-Arbeitnehmenden kantonale Krankenkassenprämienverbilligungen. Dass ein Fünftel der Vollzeit-Selbständigerwerbenden weder in eine 2. noch in eine gebundene 3. Säule einzahlt und dass einer von fünf keine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, sind weitere Indizien für eine manchmal heikle Lage.

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der «Gastarbeiter» nicht möglich gewesen. Ihr Anteil übersteigt seit den 60er Jahren stets 20% und beträgt heute 26%. Besonderes Gewicht haben die Ausländer und Ausländerinnen im Industriesektor (2008: 36%; Dienstleistungssektor: 25%).

Fast zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen (2008: 65%) sind Staatsangehörige eines EU oder EFTA-Landes. Mit 35% ist der Anteil der südeuropäischen Arbeitskräfte am grössten, gefolgt von den Erwerbstätigen aus Nord- und Westeuropa (27%). 22% der ausländischen Erwerbstätigen stammen aus den westlichen Balkanländern und der Türkei.

Von den ausländischen Erwerbspersonen, die in den vergangenen 10 Jahren in die Schweiz eingewandert sind, haben über vier Fünftel (82%) eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe abgeschlossen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil nur 61%.

Arbeitslosigkeit¹

	1980	1990	2000	2007	2008
Arbeitslose	6 255	18 133	71 987	109 189	101 725
Anteil Langzeitarbeitslose ² in %	...	6,6	20,1	18,7	15,5
Arbeitslosenquote ³ in %	0,2	0,5	1,8	2,8	2,6
Männer	0,2	0,4	1,7	2,6	2,4
Frauen	0,3	0,6	2,0	3,0	2,8

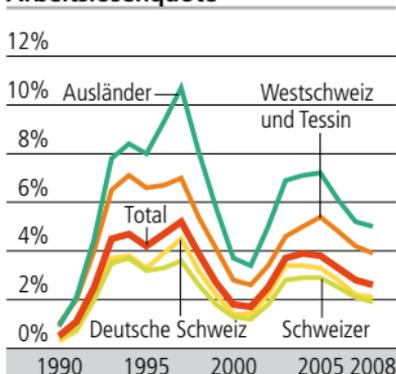
¹ Arbeitslosigkeit gem. SECO

² Dauer der Arbeitslosigkeit > 12 Monate

³ Arbeitslosenquote gemäss internationaler Definition: siehe Seite 24

Die Arbeitslosigkeit hängt eng mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen. Einen historischen Höchststand (5,2%) erreichte die Arbeitslosenquote 1997. Nach einem Rückgang auf 1,7% (2001) stieg sie in den folgenden Jahren erneut an (2004: 3,9%) und zeigte seither wieder einen Rückgang (2008: 2,6%). Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind in unterschiedlichem Ausmass betroffen. Die Arbeitslosenquoten sind nach wie vor höher bei gering qualifizierten Personen, bei Jugendlichen (15–24 Jahre), bei Ausländern (deren Qualifikationsniveau im Durchschnitt verhältnismässig niedrig ist) sowie in der lateinischen Schweiz. Weniger ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Arbeitslosenquote



Lohnniveau 2006

Monatlicher Bruttolohn, Median¹

	Total	Anforderungsniveau ²			
		a	b	c	d
Schweiz³	5 674	10 463	6 796	5 463	4 400
Genferseeregion (VD, VS, GE)	5 699	10 666	6 784	5 717	4 544
Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	5 552	9 840	6 527	5 417	4 389
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	5 902	10 713	6 863	5 617	4 463
Zürich (ZH)	6 154	11 904	7 510	5 635	4 470
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 302	8 848	6 250	5 154	4 332
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	5 537	9 778	6 642	5 262	4 303
Tessin (TI)	4 899	8 448	5 600	5 048	3 921

¹ Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

² Anforderungsniveau

a = Verrichtung höchst anspruchsvoller und schwierigster Arbeiten

b = Verrichtung selbstständiger und qualifizierter Arbeiten

c = Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt

d = Einfache und repetitive Tätigkeiten

³ Privater Sektor und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen

Erwerbseinkommen 2007¹

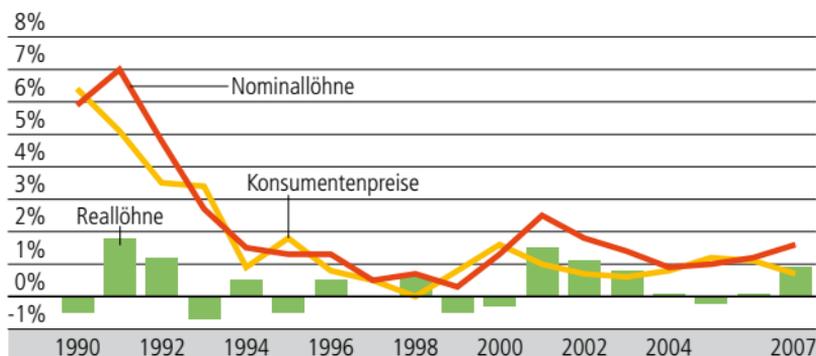
Verteilung in %

	Einkommensklassen (in 1000 Franken pro Jahr, brutto)					Ohne Angabe
	≤ 26	26–52	52–78	78–104	> 104	
Total	16,1	18,1	26,3	15,4	14,1	10,1
Männer, Vollzeit	2,4	8,4	32,2	22,6	24,1	10,3
Frauen, Vollzeit	7,0	22,1	33,4	16,8	9,3	11,4
Männer, Teilzeit	36,8	22,2	17,1	7,8	7,4	8,7
Frauen, Teilzeit	40,9	31,4	13,3	3,6	1,4	9,3

¹ Erwerbstätige, ohne Lehrlinge

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



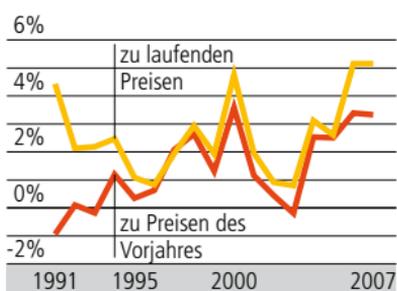
Entwicklung der Reallöhne

Index 1939 = 100

	1980	1990	1995	2000	2006	2007
Total	254	272	279	279	289	292
Männer	241	257	264	264	271	274
Frauen	279	302	307	311	326	328

Die Wirtschaftslage der Schweiz

Jährliche Wachstumsrate des BIP



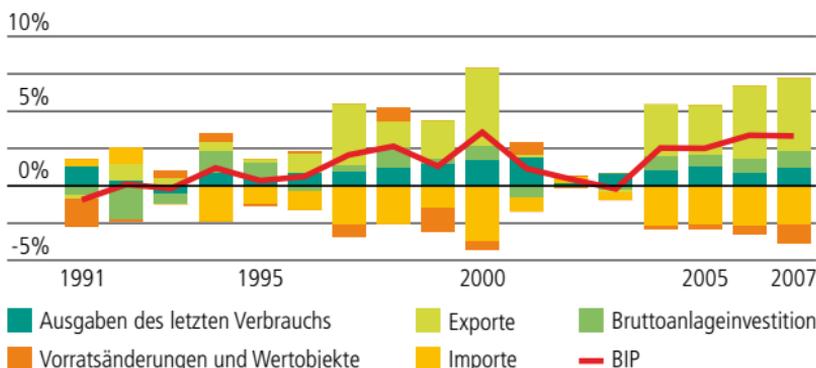
In den 90er-Jahren erlebte die Schweiz einen Strukturwandel mit einem nur schwachen wirtschaftlichen Wachstum. Seit 1997 erholte sich die Schweizer Wirtschaft, wobei am Anfang der Jahrtausendwende unter anderem infolge der Turbulenzen im Finanzsektor eine klare Abschwächung festzustellen war.

Der starke Export als Motor der Schweizer Wirtschaft

Die unten stehende Grafik zeigt die Schlüsselrolle auf, welche dem Aussenhandel (Exporte und Importe) seit 1997 zukommt. Perioden mit starkem Wachstum fallen mit einem florierenden und dynamischen Aussenhandel zusammen. Die Exporte sind somit diejenige Komponente des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die während der Boomjahre (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum Wachstum beigetragen hat.

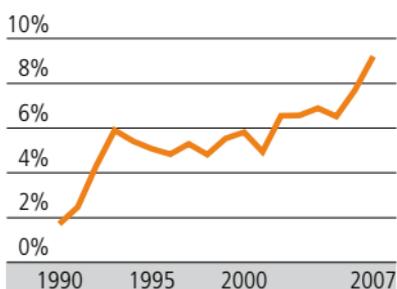
Der Beitrag der BIP-Komponenten zum Wirtschaftswachstum

Veränderung gegenüber dem Vorjahr, zu Preisen des Vorjahres



Der Aussenbeitrag wächst

Anteil des Aussenbeitrags am BIP zu laufenden Preisen

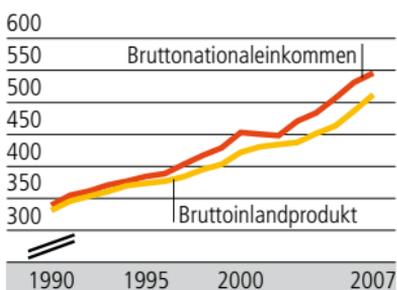


Eine der Folgen der dynamischen Exporte ist der steigende Anteil des Aussenbeitrags (Saldo zwischen Export und Import) am BIP, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Länder für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt.

Dynamischere Entwicklung des Bruttonationaleinkommens (BNE)

BIP und BNE zu laufenden Preisen

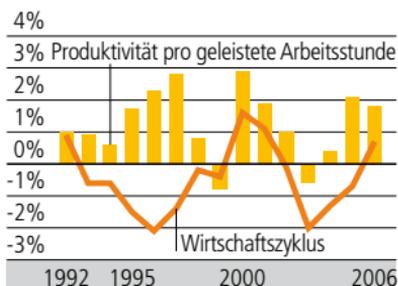
in Milliarden Schweizer Franken



Nebst dem immer bedeutenderen Aussenbeitrag ist in den letzten Jahren auch der Saldo der Einkommen (aus Arbeit und Kapital) mit dem Ausland stark angestiegen. Dies bewirkt, dass das BNE stärker wächst als das BIP, was ebenfalls die zunehmende Bedeutung der übrigen Länder für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Da die ausländischen Filialen der Schweizer Banken aufgrund der Finanzkrise Verluste verzeichneten, ist das BNE 2007 ausnahmsweise weniger dynamisch und entwickelt sich entgegen der Tendenz.

Wirtschaftszyklus und Arbeitsproduktivität

Jährliche Wachstumsrate



Durchschnittliches jährliches Wachstum

Zeitraum	in %	
	Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde	Wirtschaftszyklus
1991–1996	1,3	Stagnation
1996–2000	1,4	Aufschwung
2000–2003	0,7	Stagnation
2003–2006	1,4	Aufschwung
1991–2006	1,2	

Sobald die wirtschaftliche Aktivität anhand des BIP gemessen ist, kann man sich fragen, wie effizient die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) verwendet werden. Die Effizienz der Arbeit wird anhand der Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde gemessen, mit anderen Worten, anhand der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde.

Die oben stehende Grafik und Tabelle stellen die Entwicklung der Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde und der Wirtschaftszyklen von 1991 bis 2006 dar. Der Begriff «Zyklus» bezeichnet die Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, die eine gewisse Regelmässigkeit aufweisen. Diese Schwankungen werden gemessen, indem die Entwicklung des BIP mit dessen langfristigen Tendenz verglichen wird.

Grundsätzlich entwickeln sich die Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde und der Wirtschaftszyklus in die gleiche Richtung: So entspricht zum Beispiel eine Phase zunehmender Produktivität einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Zeitraum von 1991 bis 1996 weicht diesbezüglich ab: Hier wurde eine Produktivitätssteigerung pro Arbeitsstunde während einer wirtschaftlichen Stagnation beobachtet. Diese Situation ist auf einen Rückgang der Gesamtzahl der in dieser Periode geleisteten Arbeitsstunden zurückzuführen.

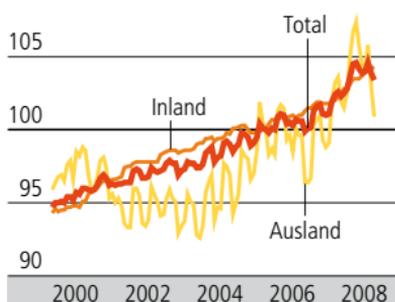
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

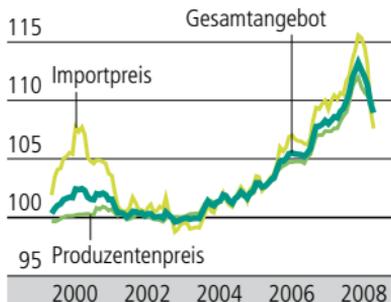
	2004	2005	2006	2007	2008
Total	0,8	1,2	1,1	0,7	2,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	0,5	-0,7	0,0	0,5	3,1
Alkoholische Getränke und Tabak	3,5	4,7	1,1	2,1	2,6
Bekleidung und Schuhe	-2,7	-0,1	1,9	0,3	4,0
Wohnen und Energie	1,6	3,0	2,8	2,1	4,9
Hausrat und laufende Haushaltsführung	0,3	0,0	0,1	0,3	0,8
Gesundheitspflege	0,9	0,6	0,0	-0,2	-0,2
Verkehr	1,5	3,4	2,8	1,0	3,5
Nachrichtenübermittlung	-0,7	-5,7	-6,9	-3,0	-2,9
Freizeit und Kultur	-0,4	-0,6	-0,2	-0,5	0,6
Erziehung und Unterricht	1,5	1,1	1,6	1,6	1,5
Restaurants und Hotels	1,0	1,1	1,2	1,4	2,3
Sonstige Waren und Dienstleistungen	1,1	0,9	0,9	0,1	0,8

Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

110 Index, Dezember 2005 = 100

**Produzenten- und Importpreisindex**

120 Index, Mai 2003 = 100

**Preisniveauidizes im internationalen Vergleich 2007^P**

EU-27 = 100

	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	122	103	110	103
Tatsächlicher Individualverbrauch	130	102	109	106
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	132	106	103	114
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	91	97	107	105
Bekleidung und Schuhe	111	103	91	103
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	160	113	124	105
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	106	97	104	106
Gesundheitspflege	138	103	107	123
Verkehr	104	102	99	95
Nachrichtenübermittlung	111	106	108	99
Freizeit und Kultur	114	100	109	101
Erziehung und Unterricht	186	101	116	121
Gaststätten und Hotels	116	98	115	104
Sonstige Waren und Dienstleistungen	125	99	108	101
Tatsächlicher Kollektiververbrauch	136	111	127	116
Bruttoanlageinvestitionen	108	107	107	89
Maschinen und Geräte	97	102	99	101
Baugewerbe	123	116	112	83
Software	100	84	107	96

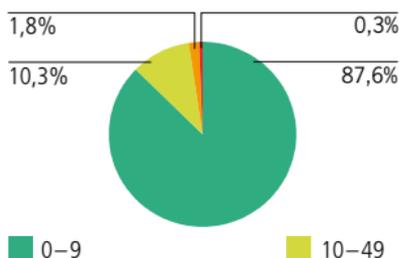
Fortgesetzter Strukturwandel, anhaltende Dominanz der KMU

Zwischen 1995 und 2005 hat sich der Branchenstrukturwandel der schweizerischen Wirtschaft fortgesetzt. Vor allem Wirtschaftszweige des sekundären Sektors wie das Baugewerbe, die textil- und lederverarbeitende Industrie, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe sowie der Maschinenbau haben beträchtliche Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen, während Dienstleistungszweige wie Unternehmensbezogene Dienstleistungen, IT-Tätigkeiten, Forschung und Entwicklung sowie das Gesundheits- und Sozialwesen stark gewachsen sind. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung ist zwischen 1995 und 2005 von 65% auf 69% gestiegen (nur marktwirtschaftliche Unternehmen).

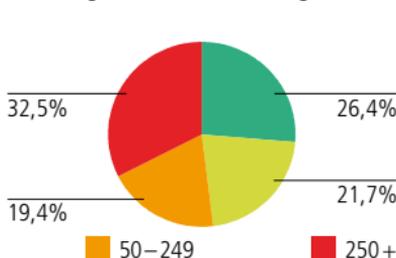
Weiterhin ungebrochen ist die Dominanz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), der Unternehmen also mit weniger als 250 Beschäftigten. Sie machen 99,7% der privatwirtschaftlichen Unternehmen aus, und zwei Drittel der Beschäftigten sind in ihnen tätig (2005).

Unternehmensgrösse¹ 2005

Unternehmen nach Grössenklassen



Beschäftigte nach Unternehmensgrösse



¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

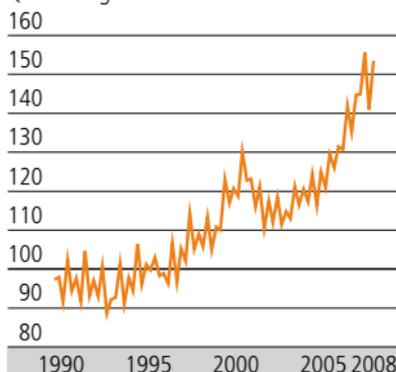
In 1000	1995		2005	
	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
Total	286,1	3 118,5	298,7	3 185,4
Sektor 2	74,4	1 098,3	72,5	1 000,6
Bergbau	0,4	5,7	0,3	4,3
Verarbeitendes Gewerbe, Industrie	41,4	744,5	37,4	677,5
davon:				
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,9	68,7	2,3	66,6
Papier-, Verlags-, Druckgewerbe	4,8	77,2	4,1	60,3
Mineralölverarbeitung, chem. Industrie	0,8	69,6	0,9	68,5
Metallindustrie	7,7	107,3	7,7	98,2
Maschinenbau	3,7	113,8	3,4	98,9
Elektro-, feinmechanische Industrie	5,2	137,3	5,0	141,7
Energie- und Wasserversorgung	0,3	18,2	0,5	24,8
Baugewerbe	32,4	329,8	34,4	294,0
Sektor 3	211,7	2 020,1	226,2	2 184,8
Handel; Reparatur von Gebrauchsgütern	74,0	625,1	68,8	614,1
Gastgewerbe	23,9	223,8	25,1	211,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	10,3	254,5	10,7	245,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,6	187,7	5,8	196,2
Immobilienwesen, Vermietung bew. Sachen	4,1	20,1	5,4	29,8
IT-Tätigkeiten, Forschung und Entwicklung	5,8	36,9	11,2	72,8
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	46,5	251,5	55,8	318,5
Öff. Verwaltung; Sozialversicherung; Unterrichtswesen	4,3	52,6	4,3	64,9
Gesundheits- und Sozialwesen	19,4	280,4	19,5	334,1
Sonstige Dienstleistungen für Dritte	19,9	87,7	19,6	97,8

Neugründungen von Unternehmen 2006

Wirtschaftsabteilungen	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	11 595	22 553	15 552	7 001
Sektor 2	2 349	4 903	3 878	1 025
Industrie	861	1 804	1 220	584
Baugewerbe	1 488	3 099	2 658	441
Sektor 3	9 246	17 650	11 674	5 976
Handel	2 372	4 353	2 907	1 446
Gastgewerbe	316	985	557	428
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	477	1 049	829	220
Kredit- und Versicherungsgewerbe	549	1 087	818	269
Immobilienwesen, Dienstleistungen für Unternehmen	3 598	6 424	4 266	2 158
Informatikdienstleistungen	827	1 339	1 005	334
Unterrichtswesen	193	449	175	274
Gesundheits- und Sozialwesen	281	740	378	362
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	633	1 224	739	485

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 1995 = 100
 Quartalsergebnisse



Die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) sank zunächst in den Jahren der Rezession zwischen 1991 und 1993 massiv, 1995/96 stagnierte sie; gegen Ende der 90er Jahre stieg sie deutlich an, um in den Jahren 2002 und 2003 wiederum hohe Einbussen zu erleiden. Ab 2004 profitierten die Unternehmen von der guten Konjunkturlage und schrieben positive Zahlen. Insgesamt ergibt sich in diesem Sektor zwischen 1990 und 2007 ein Produktionswachstum von 50%.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

		2003	2004	2005 ²	2006	2007
		nominal	nominal	nominal	nominal	nominal
Total	real¹	-0,4	2,1	1,3	1,6	3,6
Nahrungsmittel, Getränke,	nominal	2,6	1,8	0,2	1,1	2,9
Tabak und Raucherwaren	real ¹	1,3	0,9	0,2	1,0	2,4
Bekleidung, Schuhe	nominal	-3,0	-0,5	3,6	1,8	4,5
	real ¹	-2,6	2,4	3,8	-0,1	4,2
Übrige Gruppen	nominal	-1,2	2,8	0,9	1,8	3,8
	real ¹	-1,3	1,5	1,1	3,4	5,0

¹ Preisbereinigt anhand des Landesindexes der Konsumentenpreise

² Ab 2005 «Total» und «Übrige Gruppen» ohne «Motorfahrzeuge» und «Treib- und Brennstoffe»

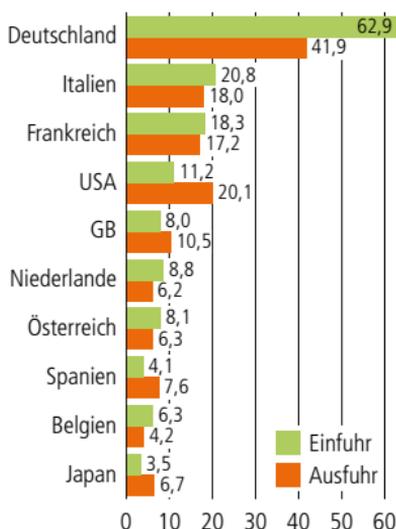
Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit der von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen und machen in der Regel den grössten Anteil der Produktionskosten aus. Sie setzen sich in der Schweiz wie folgt zusammen: 83,4% entfallen auf Löhne und Gehälter, 15,0% auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 1,6% auf Kosten für die berufliche Bildung und die Personalrekrutierung sowie auf sonstige Aufwendungen (2006).

Die Arbeitskosten bilden einen Schlüsselindikator zum Vergleich der Attraktivität der einzelnen Wirtschaftsstandorte und variieren stark von Land zu Land. Die Schweiz bildet mit € 33.81 pro geleistete Arbeitsstunde (2006) zusammen mit Dänemark (€ 33.1), Island (€ 32.4) und Schweden (€ 32.2) eine Spitzengruppe. Die Nachbarländer der Schweiz, deren Arbeitskosten das EU-15 Mittel übersteigen (Frankreich, Deutschland und Österreich), verzeichnen Werte zwischen € 26 und € 31.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2007

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind die Industrieländer, mit denen 77,9% der Warenausfuhren und 88,1% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (62,0% der Ausfuhr, 79,5% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

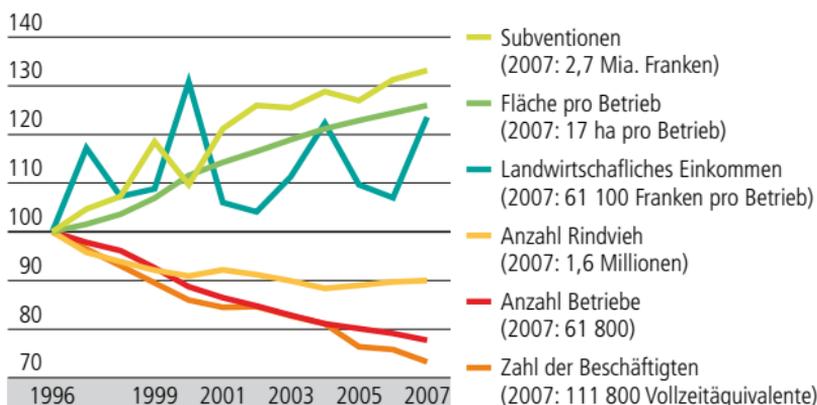
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2006	2007	1990	2006	2007
Total	96 611	177 148	193 216	88 257	185 216	206 252
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	11 938	13 403	2 998	6 180	7 463
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	9 392	10 040	4 984	4 406	4 637
Chemikalien	10 625	35 785	41 260	18 422	62 975	68 811
Metalle	9 025	15 519	18 477	7 537	13 424	15 498
Maschinen, Elektronik	19 794	32 018	35 118	25 527	38 630	43 065
Fahrzeuge	10 230	15 495	17 098	1 485	4 942	5 723
Instrumente, Uhren	5 786	12 171	13 678	13 330	31 305	35 388

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Waldflächen bedecken 37% resp. 31% der Schweizer Landesfläche. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit und der landschaftlichen Vielfalt bei. 2007 trugen diese beiden Branchen zusammen 1,2% zur Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft bei.

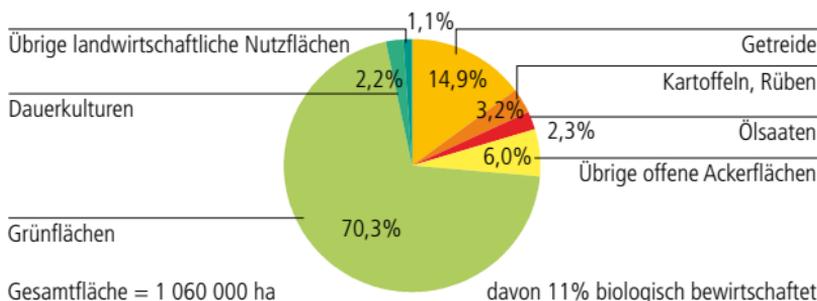
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2007

ohne Sommerweiden



Produktionswert¹

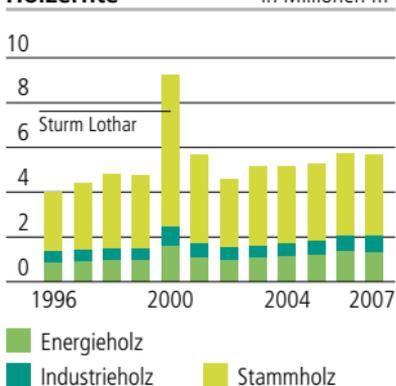
der Landwirtschaft 2007

	in %
Pflanzliche Erzeugung	44,1
Getreide	4,3
Futterpflanzen	13,0
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,9
Obst und Weintrauben	5,1
Wein	4,1
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	4,7
Tiere und tierische Erzeugnisse	47,3
Rinder	12,2
Schweine	9,3
Milch	21,5
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	4,2
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	5,8
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	2,9

¹ Gesamtwert = 11 Milliarden Franken

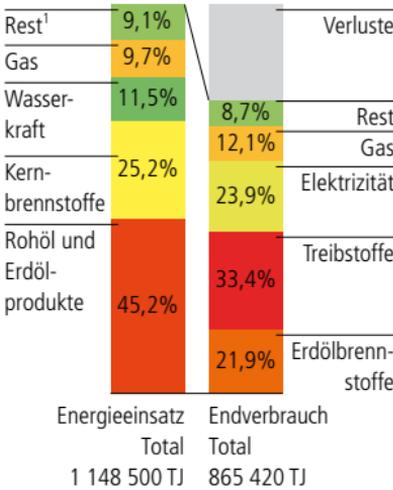
Holzernte

in Millionen m³



► www.statistik.admin.ch → Themen → Land- und Forstwirtschaft

Energieeinsatz und Endverbrauch 2007

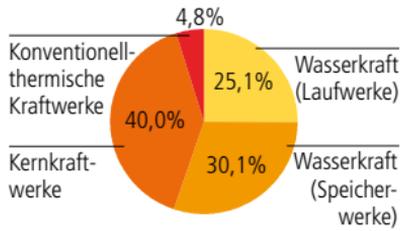


¹ Inkl. Ausfuhrüberschuss an Elektrizität (0,7%)
Total 100,7%

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen trotz verbesserter Energieeffizienz zu einem Mehrverbrauch an Energie. Die grösste der Verbrauchergruppen ist der Verkehr mit rund einem Drittel des Endenergieverbrauchs. Nahezu 60% des Endverbrauchs wird mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Nur gerade 18,3% stammt aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2007 nach Kraftwerk-kategorie



Total: 63,5 Mrd. KWh

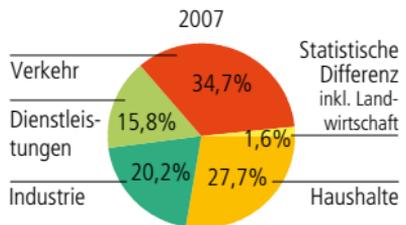
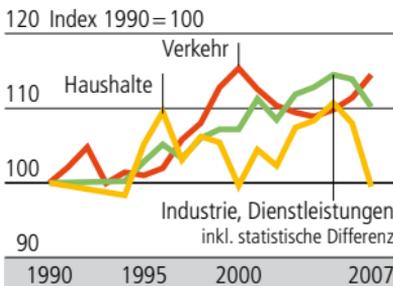
Erneuerbare Energien 2007

Anteil am Endverbrauch	in %
Wasserkraft	12,14
Sonnenenergienutzung	0,14
Umweltwärmenutzung	0,79
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	3,58
Windenergienutzung	0,01
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,35
Energienutzung in Abwasserreinigungsanlagen	0,20
Biotreibstoffe	0,06

Energieendverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben	in Millionen Franken, zu Preisen von 2000				
	1980	1990	2000	2006	2007
Total	34 198	47 588	43 708	46 983	45 792
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	14 890	14 433
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 153	8 849
davon Strassen	5 221	4 022	3 949
Hochbau	4 599	6 767	5 923	5 737	5 584
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	32 094	31 359
davon Wohnen	17 147	21 522	20 760

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2006	2007
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	17 192	17 051
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	12 031	11 982
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	41 989	42 915
1 Zimmer	2 122	2 010	528	480	490
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	2 125	2 724
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	7 126	7 977
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	15 636	15 598
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	16 622	16 126

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2006	2007
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	3 791 574	3 835 370
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	1,07 ¹	0,97 ¹

¹ Am 1. Juni des Folgejahres

Trend zu grösseren Wohnungen ...

Die Zahl der Wohnungen wächst schneller als die der Bevölkerung. Zwischen 1990 und 2000 beträgt die Zunahme der Wohnungen 8%, diejenige der Bevölkerung 6%. Die durchschnittliche Personenzahl pro bewohnte Wohnung sank damit von 2,4 auf 2,3. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 39 m² auf 44 m².

... und zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2000 von 40% auf 56% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind heute (2007) 70% Einfamilienhäuser. Dies trotz entgegengesetzter Bemühungen in der Raumplanungspolitik und trotz Verknappung des Baugrundes.

Weiterhin niedrige Wohneigentumsquote

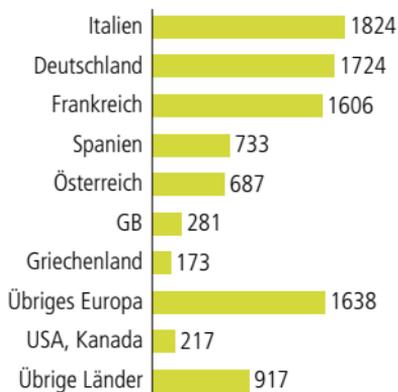
Der überwiegende Teil der Wohnungen (73,3%) gehört Privatpersonen (2000) – nicht, wie häufig vermutet, juristischen Personen. Dennoch ist die Wohneigentumsquote in der Schweiz relativ niedrig: Nur 34,6% aller dauernd bewohnten Wohnungen wurden 2000 von ihren Eigentümern selbst genutzt. Das ist der weitaus geringste Anteil unter allen europäischen Ländern. Immerhin hat die Wohneigentumsquote seit 1970 etwas zugenommen, was hauptsächlich der raschen Zunahme des Stockwerkeigentums zu verdanken ist.

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2000	2006	2007
Angebot (Betten)¹			
Hotel- und Kurbetriebe	264 495	271 591	270 146
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	13 894	14 811	15 633
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	35 020	34 848	36 365
inländische Gäste	14 862	15 204	15 447
ausländische Gäste	20 158	19 644	20 918
Aufenthaltsdauer Übernachtungen			
Hotel- und Kurbetriebe	2,5	2,4	2,3
inländische Gäste	2,5	2,2	2,1
ausländische Gäste	2,6	2,5	2,5
Bruttoauslastung der Hotel- und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten	36,2	35,2	36,9
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	11 223	13 544	14 623
Ausgaben von Schweizern im Ausland	9 167	11 556	12 298
Saldo	2 057	1 988	2 325

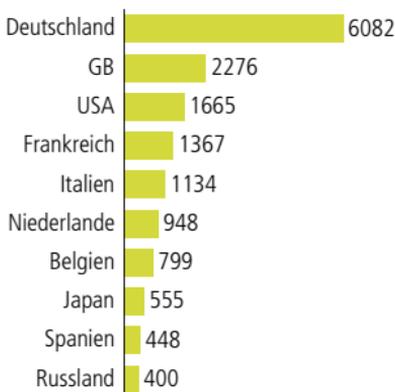
¹ Vorhandene Betten: Gesamtzahl der Betten in den erfassten Betrieben

Reiseziele der Schweizer¹ 2005



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 9,8 Millionen

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2007



¹ in 1000, ohne Parahotellerie

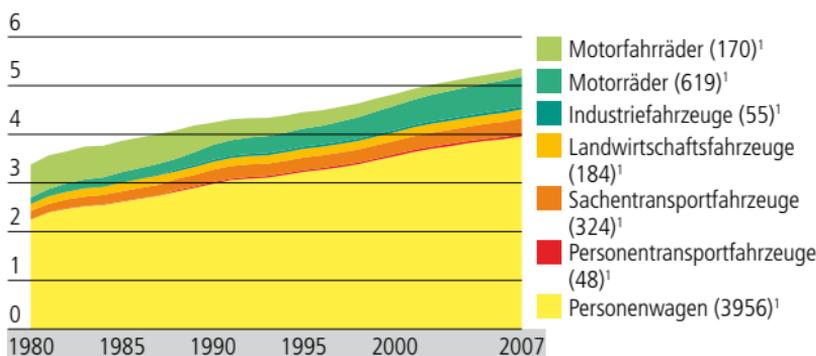
Infrastruktur

Rund ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 1992/97).

Im Jahre 2006 beträgt die Streckenlänge des Schienennetzes 5065 km, der Nationalstrassen 1758 km (davon Autobahnen 1361 km), der Kantonsstrassen 18 117 km und der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 446 km.

Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

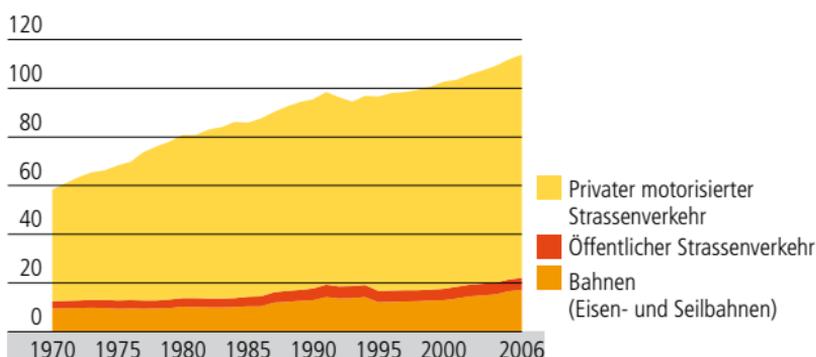
in Millionen



1 In Klammern: Bestand 2007, in 1000

Verkehrsleistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2005

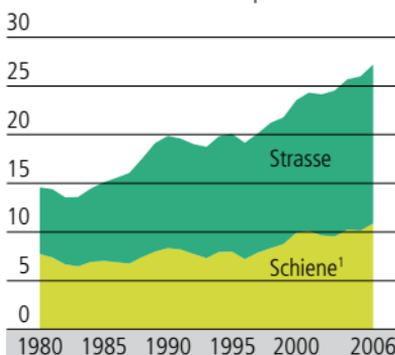
Durchschnitt pro Person und Tag¹

	Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²
Total	38,2	98,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,1	36,9
Arbeit und Ausbildung	10,6	22,3	Fahrrad (Velo)	0,8	4,3
Einkauf	4,4	13,3	Motorfahrrad (Mofa)	0,1	0,2
Service- und Begleitung	0,5	1,0	Motorrad	0,6	1,3
Geschäftliche Tätigkeit,	3,3	6,4	Auto	25,5	38,4
Dienstfahrt			Bus/Tram	1,5	6,1
Freizeit	16,8	50,0	Postauto	0,2	0,4
Unbestimmt	2,5	5,4	Bahn	6,2	7,2
			Andere	1,2	3,6

1 Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 10 Jahren und mehr in der Schweiz
2 Inkl. Wartezeit

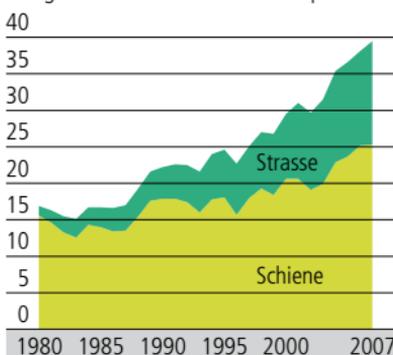
Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr

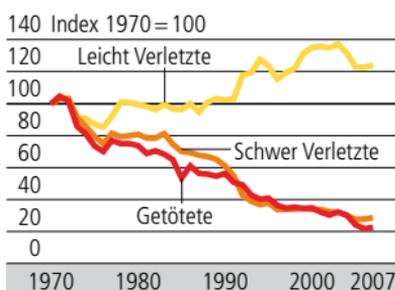


1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



Verunfallte im Strassenverkehr



Verunfallte nach Verkehrsträgern

Strassenverkehr (2007)	
Getötete Personen	384
Schwerverletzte Personen	5 235
Leichtverletzte Personen	21 897
Eisenbahnverkehr (2006)	
getötete Personen	26
Luftverkehr (2007)	
getötete Personen in der Schweiz	12

Kosten des Verkehrs

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs, also die von den Verursachern, der öffentlichen Hand oder Drittpersonen tatsächlich bezahlten Beträge, lagen 2003 bei gut 75 Milliarden Franken. Die Mobilität kostet uns somit mehr als etwa das Gesundheitswesen oder das öffentliche Bildungssystem. Zu diesen Kosten trägt der Strassenverkehr rund sechsmal mehr bei als der Schienenverkehr. Beim Strassenpersonenverkehr (Personenwagen) belaufen sich die Kosten pro Personenkilometer auf 50 Rappen, beim Schienenverkehr auf 40 Rappen. Im Güterverkehr betragen die Kosten pro Tonnenkilometer beim schweren Strassenverkehr 57, beim Schienenverkehr 27 Rappen. Rund 6,5 der 75 Milliarden Franken sind externe Kosten, welche von anderen Personen als den Verursachern getragen werden (dazu gehören insbesondere Folgekosten in Form von Umwelt- und Gesundheitsschäden, aber auch von Gebäudeschäden und Wertverminderungen). Nach neueren, vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) veranlassten Studien verursacht der Strassen- und Schienenverkehr jährlich 8,5 Milliarden Franken an externen Kosten (Referenzjahr 2005).



	Jahr ¹	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner (Jahresbeginn) in 1000	2008	7 591	82 221	11 215
Einwohner je km ²	2006	180	231	84
Anteil Personen unter 15 in %	2007	15,8	13,9	14,3
Anteil Personen über 64 in %	2007	16,2	19,8	18,6
Geburten je 1000 Einwohner	2007	9,7	8,3	9,8
Nichteheliche Geburten in %	2007	16	30	5
Eheschliessungen je 1000 Einwohner	2007	5,3	4,5	5,2
Scheidungen je 1000 Einwohner	2007	2,6	2,3	1,2
Wanderungssaldo je 1000 Einwohner	2007	9,9	0,5	3,7
Ansässige Ausländer in % der Bevölkerung	2004	21,8	8,9	8,1
Personen je Privathaushalt	2005	2,2	2,1	2,6
25 – 34 Jährige mit Tertiärabschluss in %	2005	31	23	25
Internet-Zugang der Haushalte in %	2007	70	71	25
Lebenserwartung Männer in Jahren	2006	79,2	77,2	77,2
Lebenserwartung Frauen in Jahren	2006	84,2	82,4	81,9
Säuglingssterblichkeit ²	2007	3,9	3,8	3,8
Praktizierende Ärzte je 100 000 Einwohner	2007	390	346	500
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2007	11,3	10,6	9,1
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2005	29,2	29,5	24,2
Agrarfläche in % der Gesamtfläche	2005	38,2	48,8	64,9
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2005	30,5	31,8	29,1
CO ₂ -Emissionen aus Verbrennung fossiler Energieträger in t pro Einwohner	2004	6,0	10,3	8,5
Personenwagen je 1000 Einwohner	2004	516	550	379
Strassenverkehrsunfälle: Getötete je 1 Mio. Einwohner	2005	55	65	145
Erwerbstätige in der Landwirtschaft in %	2007	4,0	2,3	11,6
Erwerbstätige in der Industrie in %	2007	22,9	29,4	22,4
Erwerbstätige in den Dienstleistungen in %	2007	73,1	67,9	66,1
Erwerbsquote Frauen (15+ Jahre)	2007	59,9	52,8	42,7
Erwerbsquote Männer (15+ Jahre)	2007	75,8	66,0	64,7
Arbeitslosenquote (gemäss internationaler Definition)	2007	3,6	8,6	8,1
Frauen	2007	4,5	8,7	12,6
Männer	2007	2,9	8,4	5,0
15 – 24-Jährige	2007	7,1	12,1	22,0
Langzeitarbeitslose in % der Arbeitslosen	2007	40,8	56,6	50,3
Teilzeiterwerbstätige Frauen in % ³	2007	59,3	46,2	10,5
Teilzeiterwerbstätige Männer in % ³	2007	12,9	9,5	2,8
Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	2007	41,7	39,5	40,6
Aussenhandel (Güter und Dienstleistungen) in % des BIP	2006	49	42	28
BIP pro Einwohner, kaufkraftbereinigt in US\$	2006	37 747	31 950	23 200
BIP, mittleres reales Wachstum pro Jahr in %	1985 –2006	1,5	1,4	...
Inflationsrate	2007	0,8	2,3	3,0
Öffentlicher Überschuss/Defizit in % des BIP	2007	0,8	0,4	–2,8
Öffentliche Verschuldung in % des BIP	2007	56,8	65,0	94,5

1 oder letztes verfügbares Jahr

2 im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

3 der erwerbstätigen Frauen bzw. Männer



Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
45 283	63 753	59 618	16 404	8 332	9 183	61 186	497 482
85	110	192	483	98	20	246	118
14,5	18,6	14,1	18,1	15,6	17,0	17,6	15,8
19,7	16,2	19,9	14,5	16,9	17,4	16,0	16,9
10,8	12,8	9,5	11,0	9,2	11,7	12,6	10,6
28	50	21	40	38	55	44	32
4,6	4,2	4,2	4,5	4,3	5,2	5,2	4,9
1,2	2,2	0,8	2,0	2,4	2,3	2,6	2,0
16,7	1,1	8,3	-0,4	3,9	5,9	2,6	4,0
6,6	5,6	3,4	4,3	9,4	5,3	4,7	
2,9	2,4	2,6	2,3	2,4	...	2,3	2,4
40	39	16	35	20	37	35	...
45	49	43	83	60	79	67	54
77,7	77,3	77,9	77,7	77,2	78,8	72,5	75,2
84,4	84,4	83,8	82,0	82,8	83,1	81,1	81,5
3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	2,5	4,5	4,7
368	338	...	370	376	357	236	347
8,4	11,1	8,7	9,3	10,1	9,2	8,4	
20,8	31,5	26,4	28,2	28,8	32,0	26,8	27,2
58,1	53,8	50,0	57,8	39,0	7,9	70,1	...
35,9	28,3	33,9	10,8	46,8	67,1	11,8	...
7,7	6,2	8,0	11,4	9,2	5,8	9,0	...
454	494	581	448	501	456	504	...
102	88	93	46	93	49	55	...
4,5	3,5	3,9	3,1	5,9	2,3	1,4	5,7
29,3	23,1	30,3	20,2	27,4	21,7	22,3	27,7
66,2	73,4	65,7	76,8	66,8	76,0	76,4	66,6
48,2	51,4	37,9	59,3	53,4	60,4	55,3	49,7
68,5	62,2	60,8	73,3	69,5	68,3	69,1	65,3
8,0	7,7	5,7	3,2	4,4	6,9	4,8	7,0
10,5	8,4	7,4	3,7	5,1	7,4	5,2	7,7
6,1	7,1	4,6	2,8	3,9	6,4	5,5	6,5
18,2	18,2	18,5	6,1	8,7	23,5	14,3	15,4
21,2	41,3	49,9	41,7	27,9	12,9	24,7	43,7
23,0	30,5	26,6	74,9	41,5	40,3	42,5	31,3
4,3	5,7	4,9	23,7	7,4	11,7	10,8	7,8
40,9	39,2	39,2	38,9	42,5	39,8	42,5	40,5
29	28	28	70	53	47	30	38
29 382	31 048	28 866	36 548	35 695	34 870	32 990	...
2,9	2,2	1,7	2,7	1,9	2,0	2,6	...
2,8	1,6	2,0	1,6	2,2	1,7	2,3	2,3
2,2	-2,7	-1,9	0,4	-0,5	3,5	-2,9	-0,9
36,2	64,2	104,0	45,4	59,1	40,6	43,8	58,7

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2007

Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2007	in Mio. Fr.	Veränd. ¹	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	495	330	3 457 897	8,3	14 101	4 306
Kantonalbanken	29	24	356 580	3,9	2 627	–
Grossbanken	4	2	2 341 136	6,5	2 847	4 251
Regionalbanken und Sparkassen	204	76	85 311	–0,7	506	–
Raiffeisenbanken ²	2	1	123 076	8,0	701	–
Übrige Banken	218	183	487 838	18,8	6 498	31
Filialen ausländischer Banken	16	30	34 444	45,6	457	23
Privatbankiers	22	14	29 513	59,0	464	–

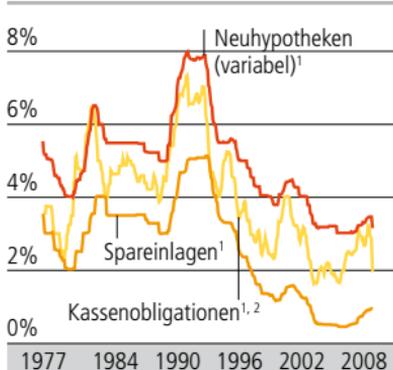
1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

2 Ein Verband mit 390 angeschlossenen Instituten per Ende 2007

Bilanzstruktur der Banken 2007

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	67,1
Flüssige Mittel	0,8
Forderungen aus Geldmarktpapieren	3,4
Forderungen gegenüber Banken	29,3
Forderungen gegenüber Kunden	20,9
Hypothekarforderungen	19,7
Handelsbestände in Wertschriften	14,8
Finanzanlagen	2,1
Beteiligungen	1,3
Sachanlagen	0,6
Übrige Positionen	6,9
Passiven	in %
Total	100
davon Ausland	62,1
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	5,1
Verpflichtungen gegenüber Banken	26,7
Verpflichtungen gegenüber Kunden	43,8
in Spar- und Anlageform	9,7
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	9,6
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	24,7
Kassenobligationen	1,2
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	9,7
Übrige Positionen	9,2
Eigene Mittel	4,1

Zinssätze



1 Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)

2 Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz¹

	2003	2005	2007
\$ 1	1,3453	1,2458	1,1999
¥ 100	1,1620	1,1309	1,0191
€ 1	1,5210	1,5481	1,6427
£ 1	2,1974	2,2634	2,4011

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2007

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	120 873	81 134
Leben	35 417	35 242
Unfall und Schaden	49 793	28 795
Rückversicherungseinrichtungen	35 663	17 097

1 Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen

► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)

► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht: Privatversicherungen)

Die drei Ebenen des Systems der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken wie Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle Bedarfsleistungen, wobei die öffentliche Sozialhilfe das letzte Auffangnetz bildet und das Recht auf Existenzsicherung gewährleistet. Sie kommt erst dann zum Tragen, wenn die übrigen Massnahmen der Sozialen Sicherheit nicht greifen (Subsidiaritätsprinzip).

Der Sozialhilfe vorgelagert ist auf Stufe 3 eine Reihe von weiteren Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für Soziale Sicherheit

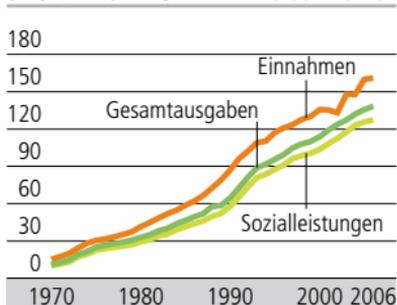
2006 betragen die Gesamtausgaben der Sozialen Sicherheit 138,5 Milliarden Franken. Davon entfielen 127,4 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen	1990	1995	2000	2005	2006
Gesamtausgaben	64,6	95,6	113,7	135,5	138,5
davon Sozialleistungen	57,8	87,6	103,5	125,7	127,4
Einnahmen	87,1	117,0	135,7	160,0	161,1
Sozialausgabenquote ¹	19,5	25,6	26,9	29,3	28,4

¹ Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen



Sozialleistungen nach Funktionen 2006

	in %
Alter	44,5
Krankheit, Gesundheitspflege	26,4
Invalidität	12,5
Überleben Hinterbliebener	4,4
Familie, Kinder	4,9
Arbeitslosigkeit	3,8
Soziale Ausgrenzung	2,9
Wohnen	0,6

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2007

in 1000

AHV: Altersrenten	1 755,8	BV ² : Invalidenrenten	134,8
AHV: Zusatzrenten	69,8	BV ² : Übrige Renten	87,9
AHV: Hinterlassenenrenten	148,5	IV: Invalidenrente	295,3
EL zur AV ¹	155,6	IV: Zusatzrenten	183,9
EL zur HV ¹	3,1	EL zur IV	97,9
BV ² : Altersrenten	507,3	UV ³ : Hinterlassenenrenten	26,2
BV ² : Witwen- und Witwerrenten	166,1	UV ³ : Invalidenrenten	85,5
		ALV ⁴	261,3

1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung

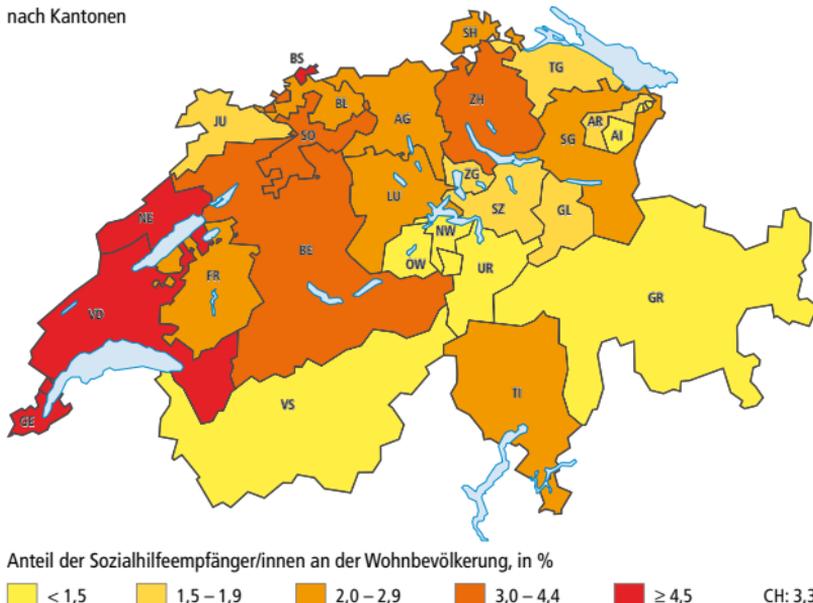
2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2006)

3 Unfallversicherung (Zahlen 2006)

4 Arbeitslosenversicherung

Sozialhilfequote 2006

nach Kantonen



Sozialhilfe

245 000 Personen, 3,3% der Gesamtbevölkerung, mussten 2006 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: städtisch geprägte Kantone wiesen weit höhere Sozialhilfequoten auf als die ländlich geprägten.

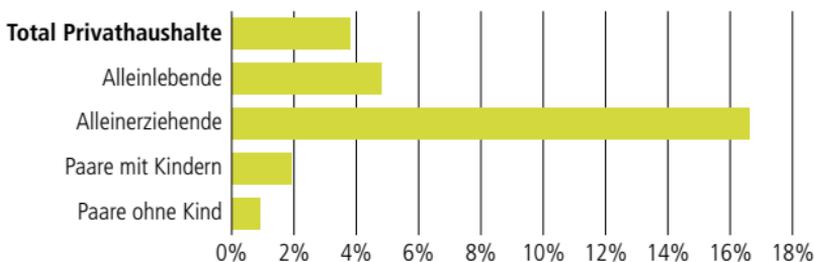
Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

- Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Lediglich in der Altersgruppe zwischen 36 und 45 Jahren ist die Quote leicht höher, was häufig mit Kinderkosten, Erwerbseinbrüchen, Scheidungen oder der Reduktion des Beschäftigungsumfangs zusammenhängt.

- Besonders häufig beziehen Alleinerziehende Sozialhilfeleistungen. Die finanzielle Belastung durch die Kinderkosten, verbunden mit zusätzlichen Kosten aufgrund von Trennung oder Scheidung führen zum erhöhten Sozialhilferisiko. Zudem ist eine volle Erwerbsarbeit aufgrund der Kinderbetreuung in der Regel nicht möglich.
- Auch Ausländerinnen und Ausländer sind deutlich stärker in der Sozialhilfe vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Begründet wird dies mit der häufig mangelnden Berufsqualifikation, den schlechten Arbeitsmarktchancen und der Familienstruktur.

Sozialhilfequote 2006		in %
Total		3,3
Altersklassen		
0–17 Jahre		4,9
18–25 Jahre		4,5
26–35 Jahre		3,6
36–45 Jahre		3,9
46–55 Jahre		3,1
56–64 Jahre		2,1
65–79 Jahre		0,2
80 Jahre und mehr		0,6
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit		
Männer		2,3
Frauen		2,2
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit		
Männer		6,7
Frauen		7,0

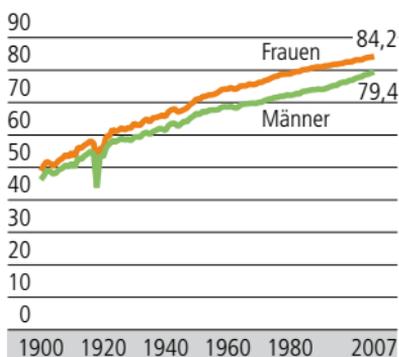
Unterstützungsquote¹ nach Fallstruktur 2006



¹ Anteil der Sozialhilfefälle an der Gesamtzahl der Privathaushalte

Die wichtigsten Ziele der Sozialhilfe sind die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und die gesellschaftliche Integration. Die Chancen dafür sind stark von der Dauer des Sozialhilfebezugs abhängig. Vor allem bei den jüngeren Altersgruppen sind die Verbesserung der Erwerbssituation und die Integration ins Erwerbsleben die wichtigsten Wege aus der Sozialhilfe. Ein wichtiger Faktor für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist daher eine gute Berufsbildung.

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 2000 um 1,6 Jahre, bei den Männern um 2,5 Jahre zugenommen (2007). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Gesundheitszustand

88% der Männer und 85% der Frauen bezeichnen 2007 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 3% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Pro Jahr sind wir im Durchschnitt während 9 Tagen infolge von Krankheiten oder Unfällen arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2007

Akute gastrointestinale Infektionen	7 840
Meningitis	73
Hepatitis B	105
Tuberkulose	473
AIDS	154

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2007

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	205 745	57 147
Nicht-Berufsunfälle	287 807	170 229

Behinderte¹ 2008

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 258	6 390
50 – 59%	20 454	20 585
60 – 69%	8 946	7 735
70 – 100%	101 649	81 045

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2006

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	29 212	31 071	625,0	399,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	309	314	6,9	4,4
Krebskrankheiten insgesamt	8 624	7 037	187,0	117,0
Kreislaufsystem	10 110	12 282	208,0	131,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 721	4 451	98,0	47,5
Hirngefässkrankheiten	1 568	2 465	31,7	27,1
Atmungsorgane insgesamt	1 984	1 702	40,1	20,1
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 218	1 503	52,8	24,6
Unfälle insgesamt	1 264	987	29,7	13,6
Suizid	863	445	20,9	9,4

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2006	2007
pro 1000 Lebendgeburten	15,0	9,1	6,8	4,9	4,4	3,9

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2007

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genommen – in der Mehrzahl nur wenige Male oder gelegentlich. Aktuell konsumieren Cannabis rund 7% der 15- bis 39-Jährigen; 1992 waren es erst 4%. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchen rund 28% der Bevölkerung, 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, am ausgeprägtesten bei den 35- bis 44- Jährigen und da insbesondere bei den Männern (35- bis 44-jährige Männer: von 41% auf 32%; Frauen: von 31% auf 27%). Beim Alkohol ist der Anteil der täglichen Konsumenten auf 14% zurückgegangen (1992: 21%).

Dienstleistungen 2007 in %¹

	Männer	Frauen
Arztbesuch	73,4	86,2
Spitalaufenthalt	10,7	12,2
Spitex-Leistungen	1,4	3,6

¹ Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

je 100 000 Einwohner

	1980	2007
Ärzte mit Praxistätigkeit	117	205
Zahnärzte	35	52

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2007^P in %¹

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	12,7	10,6	14,9
60–79-jährig	29,3	32,0	26,9
80+ -jährig	46,1	53,4	42,3

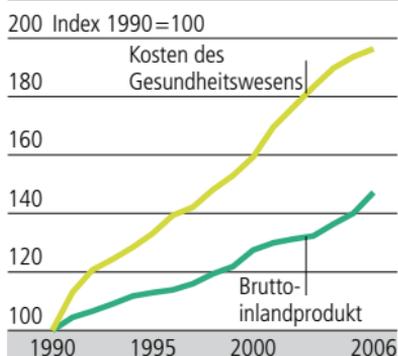
¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen 2007^P

	in 1000	in % ¹
Anzahl Klienten: Total	183,4	2,4
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	101,7	29,1
Männer	25,9	21,8
Frauen	75,8	32,8

¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Gesundheitskosten



2006 sind 10,8% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 8,1%. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielen dagegen das Altern der Bevölkerung und die Ausweitung der Sozialversicherungsleistungen.

	in Millionen Franken	1996	2006
Total		37 469	52 773
Stationäre Behandlung		17 744	24 063
Ambulante Behandlung		10 933	16 588
davon:			
Ärzte		5 306	7 538
Zahnärzte		2 682	3 398
Spitex		773	1 141
Andere Leistungen ¹		1 269	1 788
Gesundheitsgüter ²		4 540	6 561
davon:			
Apotheken		2 812	3 815
Ärzte		996	1 673
Prävention		967	1 141
Verwaltung		2 015	2 631

¹ Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
² Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen; auch schwankt die gesamte Unterrichtszeit während der neun obligatorischen Jahre zwischen 7100 und 8900 Stunden pro Schüler.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich: Kantone haben in den letzten Jahren ihre Bildungssysteme reformiert, nationale Strukturen wurden umgebaut (Einführung der Berufsmaturität und der Fachhochschulen, Umsetzung der Bologna-Reform), die Nachfrage nach Bildung ist gestiegen, die allgemein bildenden Schulen haben an Bedeutung gewonnen.

Schüler und Studierende

Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	1980/81	1990/91	2007/08	1980/81	1990/91	2007/08
Total	1 234,1	1 291,8	1 506,8	46	46	48
Vorschule	120,3	139,8	151,7	49	49	49
Obligatorische Schule	849,6	711,9	788,1	49	49	49
Primarstufe	451,0	404,2	445,1	49	49	49
Sekundarstufe I	362,3	271,6	298,4	49	49	50
Besonderer Lehrplan	36,4	36,2	44,6	39	38	37
Sekundarstufe II	299,0	295,8	329,9	43	45	47
Allgemein bildende Schulen ¹	74,8	74,5	103,1	53	55	59
Berufsausbildung ²	224,2	221,3	226,8	39	42	41
Tertiärstufe	85,3	137,5	225,9	30	35	49
Universitäre Hochschulen	61,4	85,9	116,9	32	39	50
Fachhochschulen	60,8	48
Höhere Berufsbildung	...	36,2	48,1	...	33	50
Stufe unbestimmt	–	6,7	11,3	–	51	49

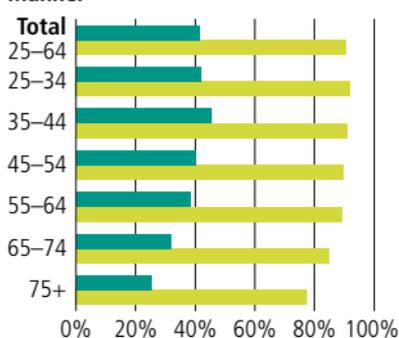
1 Inkl. Schulen für Unterrichtsberufe und Vorbereitung auf Berufsmaturität nach der Lehre

2 Inkl. An- und Vorlehre

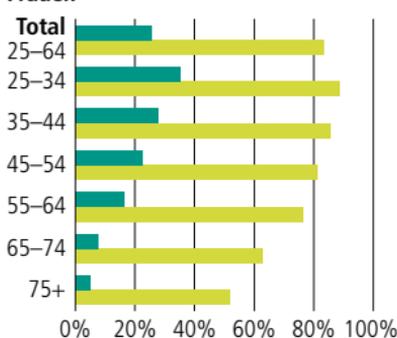
Bildungsstand 2008

Anteil an der Wohnbevölkerung

Männer

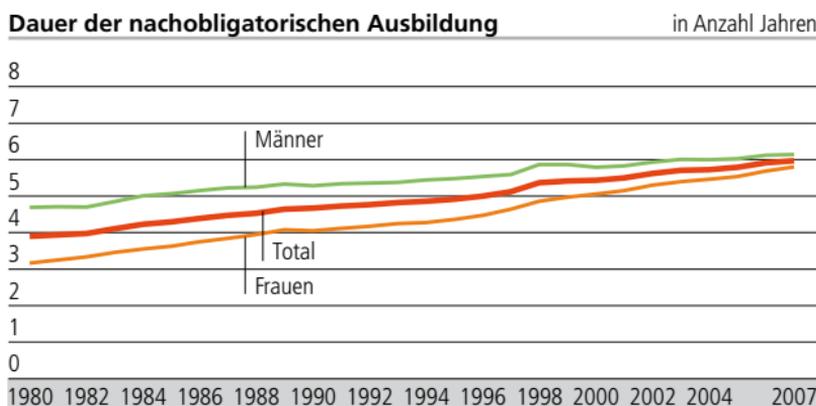


Frauen



■ Tertiärstufe

■ Sekundarstufe II oder mehr



**Geschlechterunterschiede:
in der Studienwahl weiterhin ausgeprägt**

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Die geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede haben sich laufend verringert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab.

Mädchen sind in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie repetieren seltener eine Klasse, werden seltener in eine Sonderklasse versetzt, und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit verfügen sie – wie die PISA-Studien zeigen – über bessere Lese-, aber schlechtere Mathematikfähigkeiten als die Jungen; vieles spricht dafür, dass dies wesentlich mit den Mustern alter Rollenverständnisse zusammenhängt.

Bei der Wahl der Fachrichtung bestehen deutliche Unterschiede: Im Bereich «Industrie und Handwerk» überwiegen die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. Die Geschlechterverhältnisse in diesen Berufsfeldern ändern sich seit 1980 kaum. Auch in den Hochschulen bleiben die Unterschiede beträchtlich: Männer zieht es nach wie vor eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

PISA 2006: Resultate über dem OECD-Durchschnitt

Die Schweiz hat bei PISA 2006 in allen getesteten Bereichen (Naturwissenschaften, Mathematik, und Lesen) gut abgeschnitten. Für die Naturwissenschaften – Schwerpunktthema 2006 – beträgt der Mittelwert der Jugendlichen in der Schweiz 512 Punkte und ist damit höher als der Durchschnitt der OECD-Staaten von 500 Punkten. Wenn man dieses Resultat nach Kompetenzniveau aufschlüsselt: 10 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in der Schweiz befinden sich in den obersten Niveaus 5 und 6; im OECD-Mittel sind es 9 Prozent. Umgekehrt erzielen rund 16 Prozent der Jugendlichen in der Schweiz – und 19 Prozent im OECD-Durchschnitt – höchstens Leistungsniveau 1 (niedrigstes Niveau).

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2007

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	17 461	58,1
Berufsmaturitätszeugnisse	10 615	44,8
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	51 487	42,0
Handelsmittelschuldiplome	2 474	51,4
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	4 186	31,9
Eidg. Diplome	2 563	17,8
Eidg. Fachausweise	11 723	37,3
Fachhochschulen		
Diplome	9 649	41,3
Bachelorabschlüsse	1 874	85,5
Masterabschlüsse	218	71,6
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	7 015	55,1
Bachelorabschlüsse	7 168	48,7
Masterabschlüsse	3 626	43,1
Doktorate	3 236	38,5

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Lehrkräfte 2006/07^P Hochschulpersonal 2007

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Vorschule	8 200	95,6
Obligatorische Schule ¹	52 500	65,8
Primarstufe	29 400	78,9
Sekundarstufe I	23 100	51,4
Sekundarstufe II ²	7 700	41,4
Universitäre Hochschulen	31 504	41,4
Professor/innen	2 849	14,6
übrige Dozierende	2 722	24,4
Assistierende ³	15 002	40,1
Fachhochschulen	11 198	41,3
Professor/innen	3 682	31,0
übrige Dozierende	2 150	39,6
Assistierende ³	2 043	37,4

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan

2 Nur allgemein bildende Schulen (Maturitätsschulen, Fach- und Diplommittelschulen u.ä.)

3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2006

	in Milliarden Franken
Total	26,8
davon Besoldungen Lehrkräfte	14,6
Vorschule	1,0
Obligatorische Schule	11,4
Sonderschulen	1,3
Berufliche Grundbildung	3,4
Allgemein bildende Schulen	2,1
Höhere Berufsbildung	0,1
Hochschulen	7,0
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,5

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (79% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren bzw. 83% der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2006 Weiterbildung in der einen oder anderen Form betrieben. Informelles Lernen war dabei deutlich häufiger als die nicht-formale Bildung (74% der ständigen Wohnbevölkerung und 77% der Erwerbstätigen gegenüber 48% bzw. 53%).

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,9% des Bruttoinlandprodukts (2004) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2004 wurden für F+E im Inland rund 13,1 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 74% auf die Privatwirtschaft und weitere 23% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck. Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betragen 2004 rund 9,6 Milliarden Franken und sind damit praktisch gleich hoch wie jene der Privatwirtschaft im Inland.

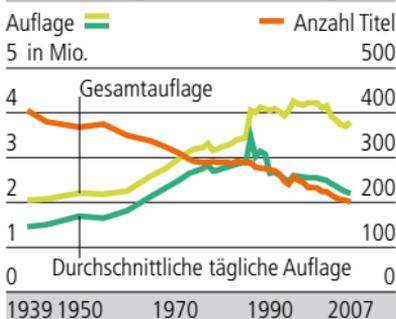
► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Schweizer Presselandschaft im Umbruch

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit über 1,2 Mio. Leserinnen und Lesern¹ pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. In der französischsprachigen Schweiz finden sich mit den im Jahre 2005 gegründeten Titeln «Le Matin bleu» (mit 524 000 Leserinnen und Lesern) und der französischsprachigen Ausgabe von «20 Minuten» (mit 470 000 Leserinnen und Lesern) gleich zwei Gratiszeitungen in den drei ersten Rängen der meistgelesenen Tageszeitungen. 2006 und 2007 sind in der Deutschschweiz weitere überregionale Gratis-Tageszeitungen neu lanciert worden.

1 Quelle: WEMF MACH Basic (2008/II; Bevölkerung ab 14 Jahren, Leser pro Ausgabe)

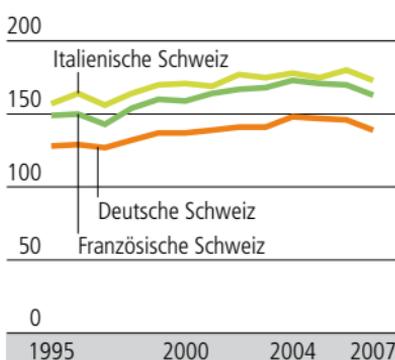
Entwicklung der Kaufzeitungen



Quelle: Verband Schweizer Presse / WEMF Aufagenstatistik. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise.

Fernsehnutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner

	2003	2004	2005	2006	2007
Deutsche Schweiz	111	106	106	102	105
Französische Schweiz	105	101	99	97	98
Italienische Schweiz	106	103	100	96	99

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Medium Buch: keineswegs am Ende

Wenig beeindruckt von der Konkurrenz durch das Angebot der elektronischen Medien scheint die Buchproduktion in der Schweiz zu sein: Seit den 60er Jahren hat sich die Zahl der Neuerscheinungen mit über 11 000 Titeln pro Jahr etwas mehr als verdoppelt.

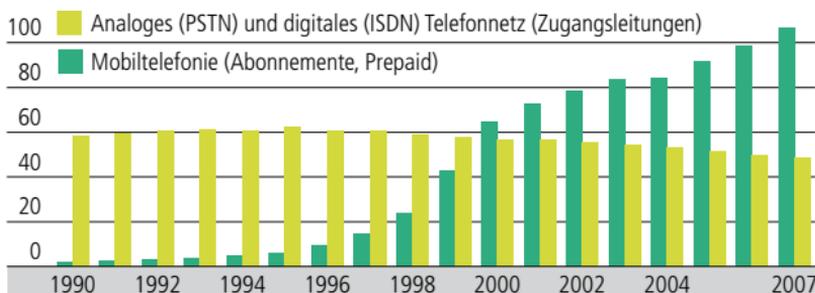
Buchproduktion 2007¹

Total	11 410
Deutsch	6 631
Französisch	2 509
Italienisch	361
Englisch	1 225
Andere Sprachen	684
davon Rätoromanisch	21

¹ In der Schweiz herausgegebene und im Buchhandel erschienene Bücher

Telefoninfrastruktur

pro 100 Einwohner

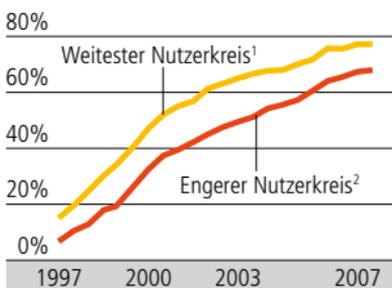


Verbreitung des Internets

Die Internetnutzung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und setzt sich, obgleich mit abnehmender Tendenz, noch immer fort: Die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (Nutzung mehr als einmal pro Woche) ist von 0,7 Millionen (1998) auf 4 Millionen im ersten Vierteljahr 2008 gewachsen. Mehr als drei Viertel der Haushalte verfügen über einen PC und Ende 2007 werden in der Schweiz 2,3 Millionen Breitbandanschlüsse (ADSL oder Kabelmodem) ins Internet gezählt.

Internetnutzung

Anteil der Personen über 14 Jahre



1 Mind. 1× innerhalb der letzten 6 Monate

2 Mehrmals wöchentlich

Quelle: WEMF

Kino: Abwärtstrend gestoppt

1931 gab es in der Schweiz 325 Kinos. Mit zunehmender Beliebtheit der siebten Kunst in der Schweiz stieg diese Zahl in den folgenden Jahren laufend an und erreichte 1963–1964 ein Maximum mit 646 Kinos. In diesem Zeitraum zählte man rund 40 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer in den Schweizer Kinos.

Danach nahm ihre Zahl bis anfangs der 90er-Jahre wieder kontinuierlich ab. Der Tiefpunkt wurde 1992–1993 mit 302 Kinos und 15 Millionen Zuschauern erreicht. Seither hat sich die Zahl der Kinos nur mehr wenig verändert: 2007 wurden 307 Kinos und 13,7 Millionen Zuschauer gezählt. Eine wichtige Entwicklung ist dabei die Trennung zwischen der Anzahl der Säle und der Anzahl der Kinos. Es gibt immer mehr Säle (550 im Jahre 2007 gegenüber 382 im Jahre 1992), aber die Anzahl Kinobetriebe stabilisiert sich auf dem tiefsten Niveau der Kinogeschichte. Die Erhöhung der Anzahl der Kinosäle ist eine Folge der Entstehung von Kinokomplexen und Multiplexkinos. Dies geht mit einem zunehmenden Verschwinden der «kleinen Kinos» einher.

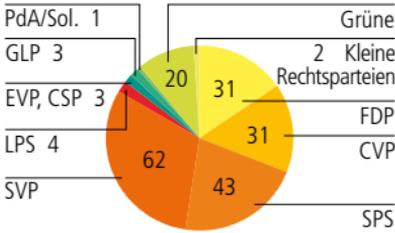
Auch das Filmangebot hat sich stark verändert. Anfang der 80er Jahre wurden in der Schweiz gegen 3000 verschiedene Filme vorgeführt, heute bewegt sich diese Zahl um 1400. Demgegenüber ist die Anzahl der Erstaufführungen kontinuierlich gestiegen, und diese kommen in immer rascherer Folge in die Kinosäle. Gegenläufig dazu bekommt das Publikum weniger Reprisen und Klassiker zu sehen.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Kultur, Kommunikation

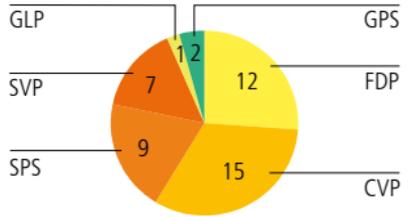
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SPS, 1 CVP, 1 SVP sowie 1 BDP, eine Abspaltung der SVP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2007: Mandate



Ständerat 2007: Mandate



Nationalratswahlen 2007

	Mandate	Parteistärke in %
FDP	31	15,8
CVP	31	14,5
SPS	43	19,5
SVP	62	28,9
LPS	4	1,9
Mitteparteien ¹	6	4,3
PdA/Sol.	1	1,1
Grüne ²	20	9,8
Kleine Rechtsparteien ³	2	2,5
Übrige	0	1,8

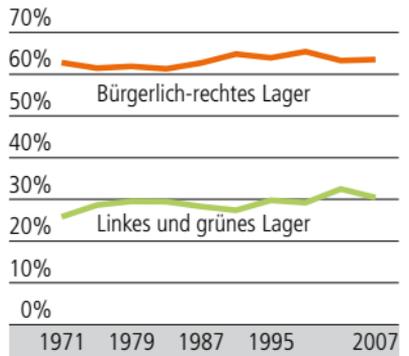
1 EVP, CSP, GLP

2 GPS, FGA

3 SD, EDU, FPS, Lega

Abkürzungen siehe unten

Partei-politische Lager¹



¹ Parteistärken bei den Nationalratswahlen

Nationalratswahlen 2007

Die Parteienlandschaft war während Jahrzehnten ausgesprochen stabil. Seit den 90er Jahren vollzieht sich eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager nach rechts. Die SVP konnte ihren Wähleranteil fast verdreifachen und ist nun klar die stärkste Partei. Ihre Gewinne gingen auf Kosten der kleinen Rechtsparteien, sowie der anderen bürgerlichen Bundesratsparteien FDP und CVP.

Bei den jüngsten Wahlen konnten die Gewinne der Grünen die Verluste der SPS nicht wettmachen, so dass das links-grüne Lager insgesamt leicht geschwächt wurde. Es ist aber immer noch stärker als vor 20 Jahren.

Abkürzungen der Parteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

LPS Liberale Partei der Schweiz

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

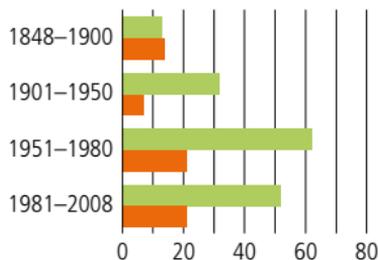
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

FPS Freiheits-Partei der Schweiz

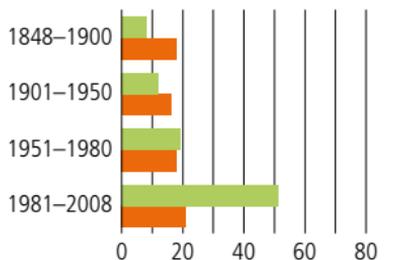
Lega Lega dei ticinesi

Eidgenössische Volksabstimmungen

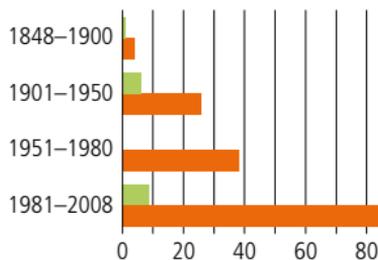
Obligatorische Referenden¹



Fakultative Referenden



Initiativen²

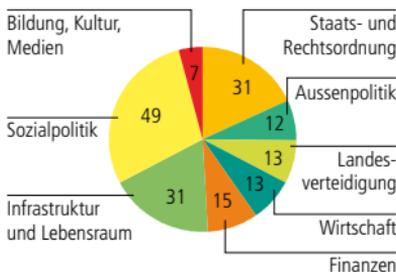


■ Angenommen ■ Verworfen

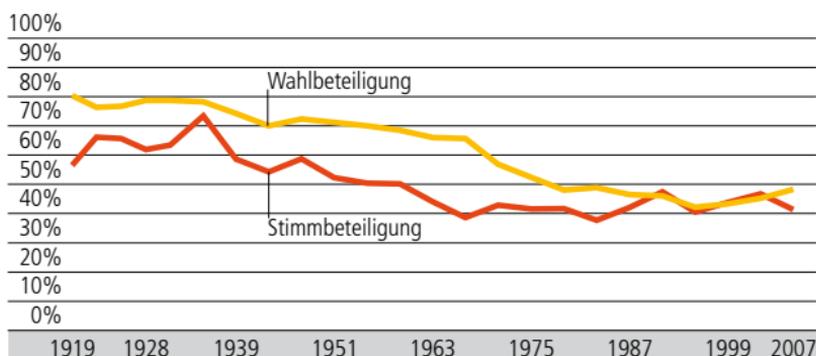
1 inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen

2 inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2008



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung war nach 1967 zu verzeichnen, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts auf 31% und 79%. Ab der Jahrtausendwende hat sich die Beteiligung sowohl an Wahlen wie auch an Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu.

	Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte						in Milliarden Franken		
	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2006	2007 ²	2000	2006	2007 ²	2000	2006	2007 ²
Total¹	157,2	183,8	192,9	148,1	175,3	182,0	9,2	8,4	10,9
Bund	52,0	58,5	59,0	48,2	53,1	54,4	3,8	5,4	4,6
Kantone	62,8	73,8	78,3	60,2	71,7	74,4	2,6	2,1	3,9
Gemeinden	42,1	47,5	50,6	40,6	45,9	48,6	1,5	1,7	2,0
Sozialversicherungen	42,3	50,0	52,1	41,0	50,8	51,6	1,3	-0,7	0,5

¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten und ohne SUVA

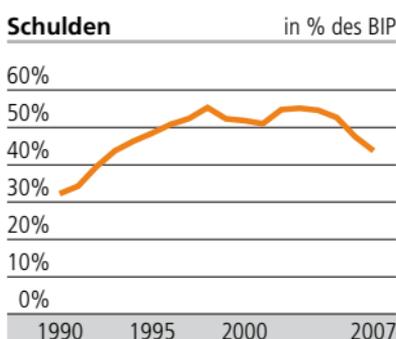
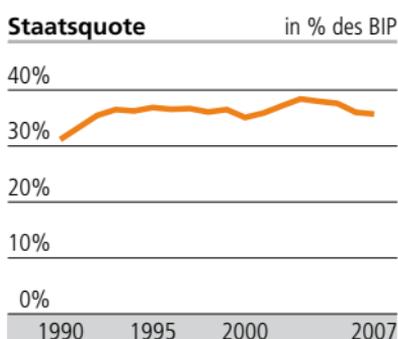
² Teilweise geschätzt

	Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden						in Milliarden Franken
	1980	1990	2000	2005	2006	2007	
Total	77,1	106,5	218,5	244,0	231,3	222,8	
Bund	31,7	38,5	105,3	130,4	123,6	120,8	
Kantone	22,4	30,5	64,1	65,4	62,7	58,4	
Gemeinden ¹	23,0	37,4	49,1	48,2	44,9	43,5	

Pro Einwohner, in Franken zu laufenden Preisen

12 072	15 491	30 306	32 528	30 601	29 238
--------	--------	--------	--------	--------	--------

¹ Teilweise geschätzt



Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der obligatorischen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO und ALV).

Trotz einem beträchtlichem Anstieg seit 1970 steht die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut da: Sie hat die niedrigste Staatsquote aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

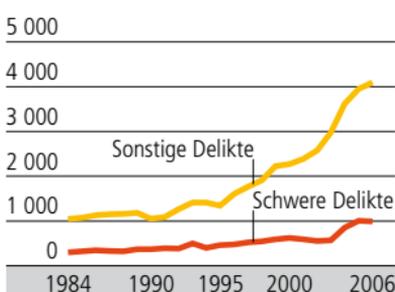
Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte seit 2005 ihre Bruttoschulden zu reduzieren.

Je nach Straftat unterschiedlich grosses Dunkelfeld

Kriminalstatistisch können nur die Straftaten erfasst werden, die der Polizei oder einer Opferhilfestelle gemeldet werden. Alle anderen bleiben im so genannten Dunkelfeld. Dieses ist je nach Bereich unterschiedlich gross. Bei den Einbruchdiebstählen ist es beispielsweise sehr klein, da die Versicherungen nur zahlen, wenn eine Anzeige vorliegt. Man weiss heute, dass die Anzeigebereitschaft der Opfer in Fällen wie Gewalt in der Familie niedrig ist. Auch die Opferhilfestellen werden nur in einem Teil der Fälle beansprucht. Sobald die Polizei von einer Straftat Kenntnis hat, beginnen die Ermittlungen. Kommt es zu einer Verurteilung, so kann das Gericht eine Freiheitsstrafe, eine Geldstrafe oder eine gemeinnützige Arbeit verfügen. Die Strafe wird entweder bedingt oder unbedingt ausgesprochen. In manchen Fällen ordnet das Gericht eine Massnahme an (z.B. bei Alkohol- oder Drogensucht).

Verurteilungen wegen Gewaltdelikten¹

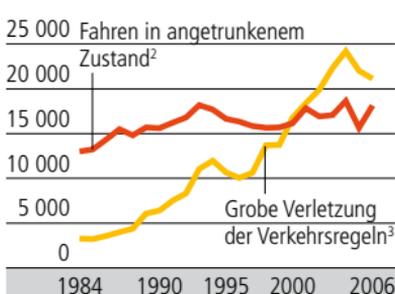
Im Bereich der Straftaten gegen Leib und Leben zeigt sich, dass vor allem die Verurteilungen aufgrund von minder schweren Straftaten gestiegen sind. Dies könnte unter anderem auch Ausdruck einer erhöhten Anzeigebereitschaft sein. Der Anstieg bei den schweren Straftaten gegen Leib und Leben im letzten Jahr steht im Zusammenhang mit der Offizialisierung der Körperverletzung innerhalb der Partnerschaft. Die Polizei kann jetzt ermitteln, ohne dass der angegriffene Partner Anzeige erstattet.



¹ Vorsätzliche Straftaten gegen Leib und Leben. Nur Verurteilungen von Erwachsenen

Verurteilungen aufgrund des Strassenverkehrsgesetzes (SVG)¹

Die Anzahl Verurteilungen wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration ging im Jahr 2005 (15 665) gegenüber dem Vorjahr um knapp 10% zurück. Zumindest ein Teil dieser Abnahme kann der Einführung am 1. Januar 2005 der neuen Massnahmen gegen das Fahren unter Alkoholeinfluss, davon die Senkung der Alkoholgrenze auf 0,5‰ und die Möglichkeit, anlassfreie Alkoholkontrollen durchzuführen, zugeschrieben werden. Im Jahr 2006 war die Anzahl dieser Verurteilungen (18 163) wieder praktisch gleich wie im Jahr 2004 (18 641). Die Verurteilungen wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln, hauptsächlich hohe Geschwindigkeitsübertretungen, nehmen seit 2004 ab.



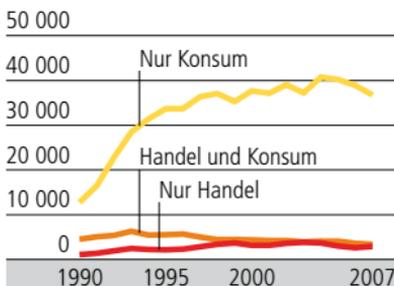
¹ Ausschiesslich Verurteilungen von Erwachsenen

² Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs.1 2^{er} Satz SVG)

³ Art. 90 Ziff. 2 SVG

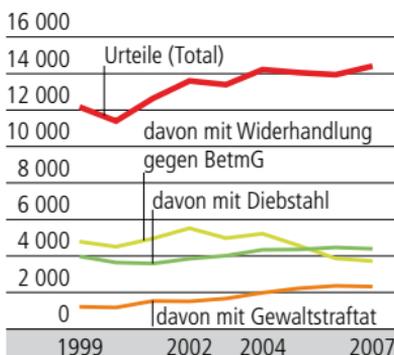
Verzeigungen aufgrund von Drogendelikten

Anfang der 90er Jahre wurde der Betäubungsmittelkonsum vermehrt verzeigt. Dies war weniger Folge eines Kriminalitätsanstiegs in diesem Bereich als die Konsequenz einer intensiveren Verfolgung.



Jugendstrafurteile

In der Jugendstrafurteilsstatistik werden alle Verurteilungen von Jugendlichen (von 10 bis unter 18 Jahren) erfasst. Wenn Jugendliche eine Straftat begehen, besteht die Möglichkeit, den Konflikt zwischen Opfer und Täter im Rahmen einer Mediation oder eines Vermittlungsversuchs zu lösen. Sind diese Bemühungen erfolgreich, ergeht kein Urteil mehr, weshalb sich diese Fälle nicht in der Jugendstrafurteilsstatistik widerspiegeln.



Verurteilungen nach demographischen Merkmalen¹ 2006

	Anzahl	Anteil in %
Total	97 911	100,0
Männer	83 747	85,5
Frauen	14 164	14,5
<hr/>		
< 20 Jahre	5 568	5,7
20 – 29 Jahre	35 805	36,6
30 – 39 Jahre	25 110	25,6
40 – 49 Jahre	18 127	18,5
50 – 59 Jahre	8 970	9,2
60 oder mehr	4 331	4,4
<hr/>		
Schweizerische Nationalität	49 711	50,8
Ausländische Nationalität	48 200	49,2

¹ nur Erwachsene

Insbesondere Männer unter 40 Jahren treten vermehrt strafrechtlich in Erscheinung. Bei den Verurteilten ausländischer Nationalität sind neben Personen aus der ausländischen Wohnbevölkerung auch Touristen, Asylbewerber und weitere nur vorübergehend in der Schweiz anwesende Personen inbegriffen. Ein direkter Vergleich zu den schweizerischen Verurteilten ist somit nicht möglich.

Verurteilungen nach Hauptsanktion 2006

	Anzahl	Anteil in %
Nur Busse	37 299	38,1
Massnahme	574	0,6
Bedingte Freiheitsstrafe	44 973	45,9
Unbedingte Freiheitsstrafe	15 065	15,4

Nur mit Busse geahndete Übertretungen (minder schwere Straftaten) werden nur sehr selten in das Strafregister eingetragen, weshalb die ausgewiesene Zahl wenig Aussagekraft hat.

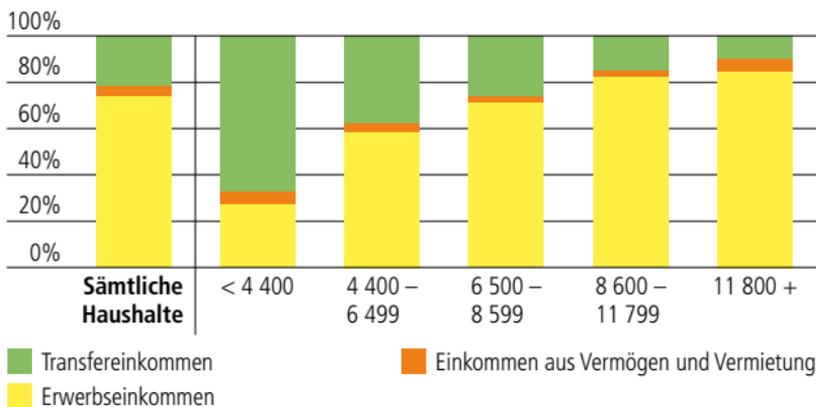
Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens 2006

nach Bruttoeinkommensklasse¹

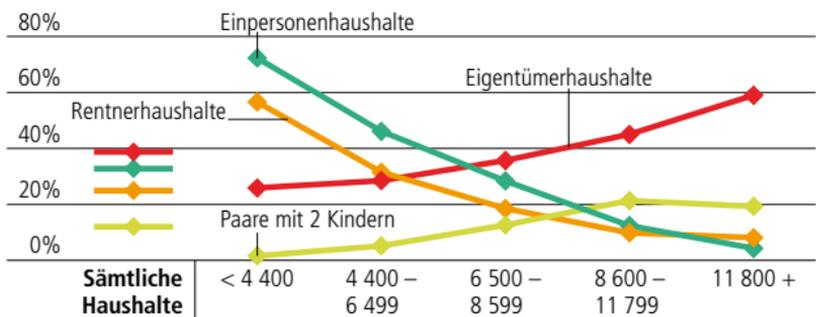
Beträge in Franken pro Monat	Sämtliche Haushalte	Bis 4 399	4 400 bis 6 499	6 500 bis 8 599	8 600 bis 11 799	11 800 und mehr
Bruttoeinkommen	8 492	3 050	5 520	7 508	10 082	16 315
Obligatorische Ausgaben	-2 521	-875	-1 535	-2 136	-2 958	-5 103
Verfügbares Einkommen	5 971	2 175	3 985	5 371	7 125	11 212

¹ Die fünf Einkommensklassen in der Tabelle und den beiden Grafiken auf dieser Seite sind so gebildet, dass sie alle praktisch die gleiche Zahl Fälle aufweisen (je rund 20% der Haushalte). Bei den Einkommen (brutto und verfügbare) bzw. Abzügen handelt es sich um Mittelwerte. Für die Einkommensklasse mit den niedrigsten Einkommen beträgt also beispielsweise das verfügbare Einkommen im Durchschnitt 2 175 Franken pro Haushalt pro Monat, für diejenige mit dem höchsten Einkommen 11 212 Franken und für alle Haushalte 5 971 Franken

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens 2006

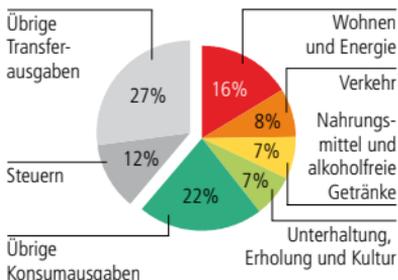


Anteil Haushalte ausgewählter Haushaltstypen 2006



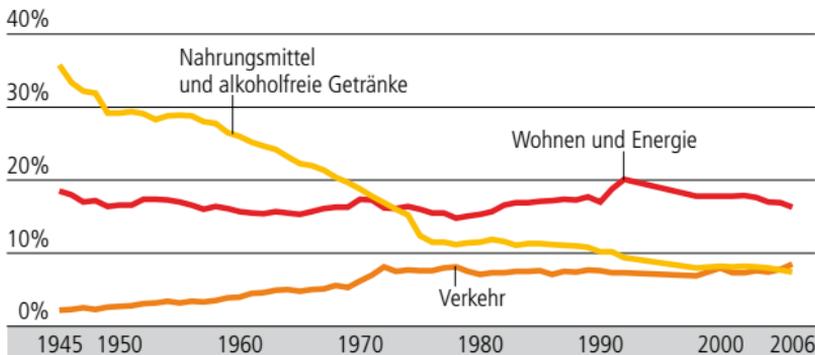
Die Zusammensetzung des Bruttohaushaltseinkommens ist je nach Einkommensklasse sehr unterschiedlich. In den unteren Einkommensklassen sind die Transfereinkommen (wie AHV-Renten) stark dominant, während die Arbeitseinkommen in den oberen Klassen vorherrschen. Diese Unterschiede können mit der unterschiedlichen Verteilung der Haushalte auf die Einkommensklassen verglichen werden.

Zusammensetzung der Haushaltsausgaben 2006



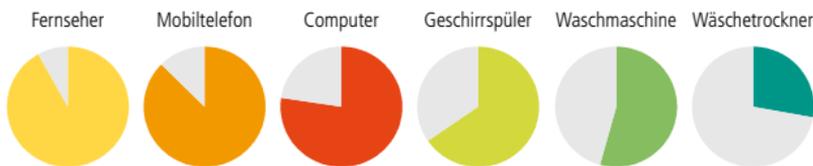
2006 machten die Konsumausgaben etwas mehr als 60% aller Ausgaben aus. Die Ausgaben für Wohnen und Energie stellten mit rund 16% den grössten Posten dar.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel ist seit dem 2. Weltkrieg von über 35% auf rund 7% zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf 8%.

Ausrüstung der Haushalte mit ausgewählten Konsumgütern 2006



Fast 92% der Haushalte sind mit einem Fernseher und etwas mehr als 77% mit einem Computer ausgestattet. Hingegen verfügen nur knapp 28% über einen eigenen Wäschetrockner.

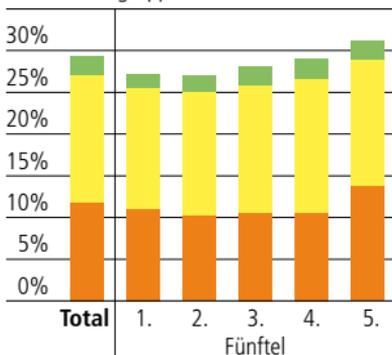
Zwangsausgaben: ein gutes Viertel des Einkommens

Ein Haushalt kann nicht frei über sein gesamtes Bruttoeinkommen verfügen. Gewisse Ausgaben sind obligatorisch: Steuern, Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV, Pensionskassen, Basis-Krankenversicherung). Das Einkommen der Gesamtbevölkerung wird zu einem guten Viertel durch solche so genannten Zwangsausgaben beansprucht.

Über die verschiedenen Einkommensgruppen variiert dieser Anteil nur wenig. Allerdings haben die einzelnen Komponenten jeweils ein anderes Gewicht. In den unteren Einkommensgruppen belasten die direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden anteilmässig deutlich weniger, die Sozialversicherungskosten (darunter insbesondere die Krankenversicherungen) stärker. Für die zwei untersten Einkommensgruppen ergibt sich im Gesamten eine ähnlich hohe Belastung von 27%. In den höheren Einkommensklassen erhöht sich diese Belastung; für das einkommensstärkste Fünftel beträgt sie 31%.

Belastung der Haushalte durch Zwangsausgaben 2006

Anteil der Zwangsausgaben am Bruttohaushaltseinkommen verschiedener Einkommensgruppen¹



■ Direkte Steuern ■ Alimente
■ Sozialversicherungsbeiträge

¹ Die Haushalte sind hier in fünf gleich grosse Einkommensgruppen eingeteilt: die unterste Gruppe enthält das Fünftel aller Haushalte mit den tiefsten Bruttohaushaltseinkommen (erstes Fünftel) usw.

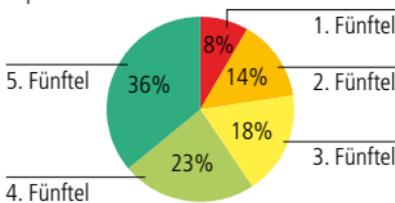
Einkommensverteilung

Für den Lebensstandard von Bedeutung ist das nach Abzug der Zwangsausgaben verbleibende verfügbare Einkommen. Entscheidend ist zudem, wie viele Personen im Haushalt dieses Einkommen zu teilen haben. Um ein Mass für den Lebensstandard (oder das Wohlstandsniveau) eines Haushalts zu erhalten, muss man die Anzahl und das Alter aller Mitglieder, d.h. den effektiven Bedarf, berücksichtigen. Der Bedarf eines Kindes unterscheidet sich von dem einer älteren Person. Dieser Bedarf wird mit Hilfe einer Äquivalenzskala berücksichtigt. Das resultierende Äquivalenzeinkommen dient als Mass des Lebensstandards der Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben.

Zwischen den Äquivalenzeinkommen zeigen sich grosse Unterschiede. Das einkommensschwächste Fünftel der Bevölkerung verfügte 2006 über 8,3%, das einkommensstärkste über 36% des gesamten Einkommens.

Verfügbares Äquivalenzeinkommen 2006

Anteil der verschiedenen Einkommensgruppen¹ am gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommen



¹ Die Bevölkerung ist hier in fünf gleich grosse Einkommensgruppen eingeteilt: die unterste Gruppe enthält das Fünftel der Bevölkerung mit den tiefsten Einkommen (erstes Fünftel) usw.

Wo liegt die Armutsgrenze?

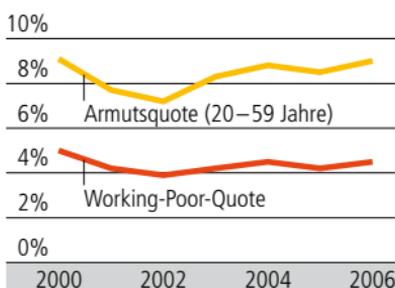
Will man die Armutsgrenze nicht willkürlich festlegen, braucht es einen Referenzwert. In der Schweiz wird dieser Wert aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet. Dieses Gremium erlässt breit akzeptierte Referenzwerte, die definieren, welche Geldbeträge und welche Leistungen benötigt werden, um in der Schweiz ein menschenwürdiges und sozial integriertes Leben zu führen. Diese Richtlinien sind als Empfehlungen für die konkrete Bemessung der Sozialhilfeleistungen gedacht; daher müssen einige Annahmen getroffen werden, um den Begriff «Armut» statistisch zu operationalisieren.

Die Armutsgrenze ergibt sich aus der Summe: Grundbedarf (von der SKOS bestimmt) + Wohnkosten + Krankenkassenprämien + 100 Franken pro Haushaltsmitglied ab 16 Jahren. 2006 beträgt die Armutsgrenze im schweizerischen Mittel 2200 Franken für eine allein stehende Person und 4650 Franken für ein Paar mit zwei Kindern (unter 16 Jahren). Es handelt sich eigentlich um theoretische Werte, tatsächlich werden kantonsspezifische Grenzen berechnet. Alle Personen im Alter von 20–59 Jahren, die in einem Haushalt leben, dessen Einkommen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV usw.) und der Steuern unter der Armutsgrenze liegt, gelten als arm.

Wie viele sind arm?

In der Schweiz sind rund 380 000 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren bzw. 9% der Bevölkerung von Armut betroffen (2006). Von «Working Poor» ist die Rede bei Personen in Haushalten, deren Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten, und die dennoch kein Einkommen über der Armutsgrenze erreichen. Dies betrifft im Jahr 2006 4,5% der Erwerbstätigen bzw. rund 146 000 Personen.

Entwicklung der Armut



Sind wir auf dem richtigen Weg?

	Beurteilung
1 Bedürfnisdeckung – wie gut leben wir heute?	
Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt	+
Das Einkommen steigt nicht	R
Die Gewalt nimmt zu	-
Die Erwerbslosigkeit stagniert	R
2 Gerechtigkeit – wie sind die Ressourcen verteilt?	
Die Armut nimmt nicht ab	R
Die öffentliche Entwicklungshilfe stagniert	R
Die Löhne von Männern und Frauen gleichen sich zögerlich an	+
3 Kapitalerhaltung – was hinterlassen wir unseren Kindern?	
Die Lesefähigkeit von Jugendlichen verändert sich kaum	R
Die Verschuldung ist angestiegen	-
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt stagniert	R
Die Anzahl Beschäftigter in Wissenschaft und Technik nimmt zu	+
Die Brutvogelbestände schwanken	R
Die Siedlungsfläche nimmt zu	-
4 Entkoppelung – wie effizient nutzen wir die Ressourcen?	
Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	-
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	+
Der Pro-Kopf-Verbrauch fossiler Energie stagniert	R
Die Materialintensität schwankt	R

Beurteilung der Entwicklung seit 1990:

- + Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)
- Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)
- R Neutral

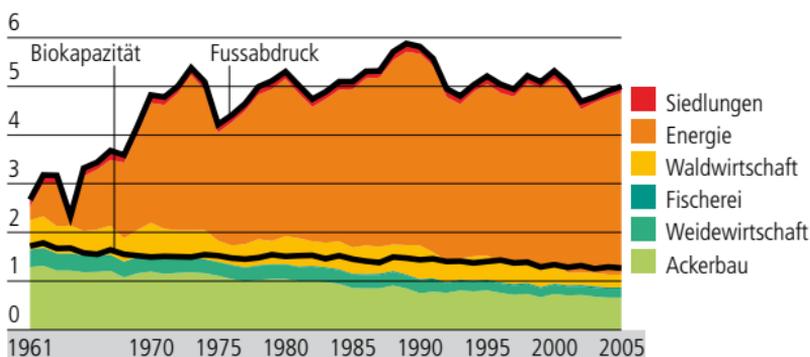
In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine Nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar: So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Eine weitere Ambivalenz zeigt sich darin, dass Verbesserungen innerhalb der Schweiz Verschlechterungen auf globaler Ebene gegenüberstehen.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen 16% der Jugendlichen über nicht einmal grundlegende Lesekompetenzen. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollem Kulturland.

In absoluter Hinsicht ist die Schweiz von einem nachhaltigen Zustand weit entfernt: Der ökologische Fussabdruck zeigt, dass die Schweiz fast viermal so viele Umweltleistungen und Ressourcen verbraucht wie die Biosphäre auf regenerative Weise bereitstellt. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch, der drei Viertel des ökologischen Fussabdrucks ausmacht.

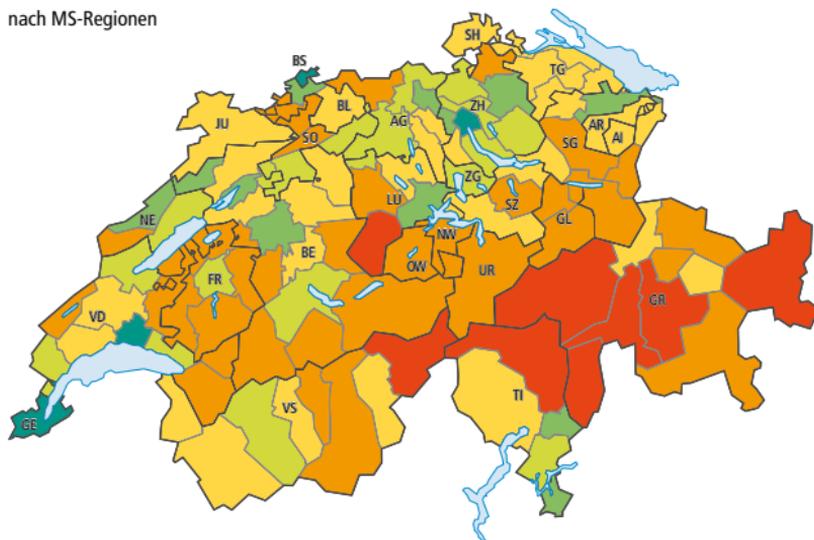
Fussabdruck und Biokapazität der Schweiz in globalen Hektaren pro Person



Vielfalt und regionale Unterschiede – gleich Disparitäten – gehören zu jeder arbeitsteiligen Gesellschaft. Sie sind von grundsätzlichem Interesse für alle Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft. Wo bezahle ich die geringsten Steuern? In welchen Regionen entstehen die meisten neuen Wohnungen? Je nach betrachtetem Merkmal und Sichtweise können regionale Disparitäten positiv als Beitrag zur Vielfalt oder negativ als gegenläufig zum Zusammenhalt eines Staates bewertet werden. Das BFS hat ein Set von Schlüsselindikatoren entwickelt, das die regionalen Disparitäten der Schweiz in neun Themenbereichen analysiert.

Erreichbarkeit von Dienstleistungen 2001

nach MS-Regionen



Erreichbarkeitsindex

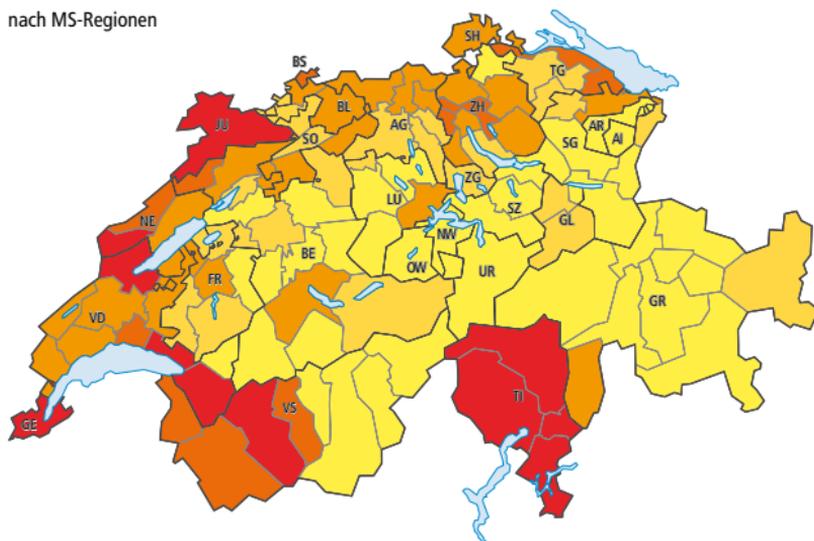


CH: 100

Lesehilfe: Der niedrige Erreichbarkeitsindex in den grösseren Städten der Schweiz zeigt eine gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen wie Schulen, Kinos, Postämter etc.

Jugendarbeitslosigkeit 2006

nach MS-Regionen



Anteil der 15–24-jährigen Arbeitslosen an allen 15–24-jährigen Erwerbspersonen, in %



CH: 4,3

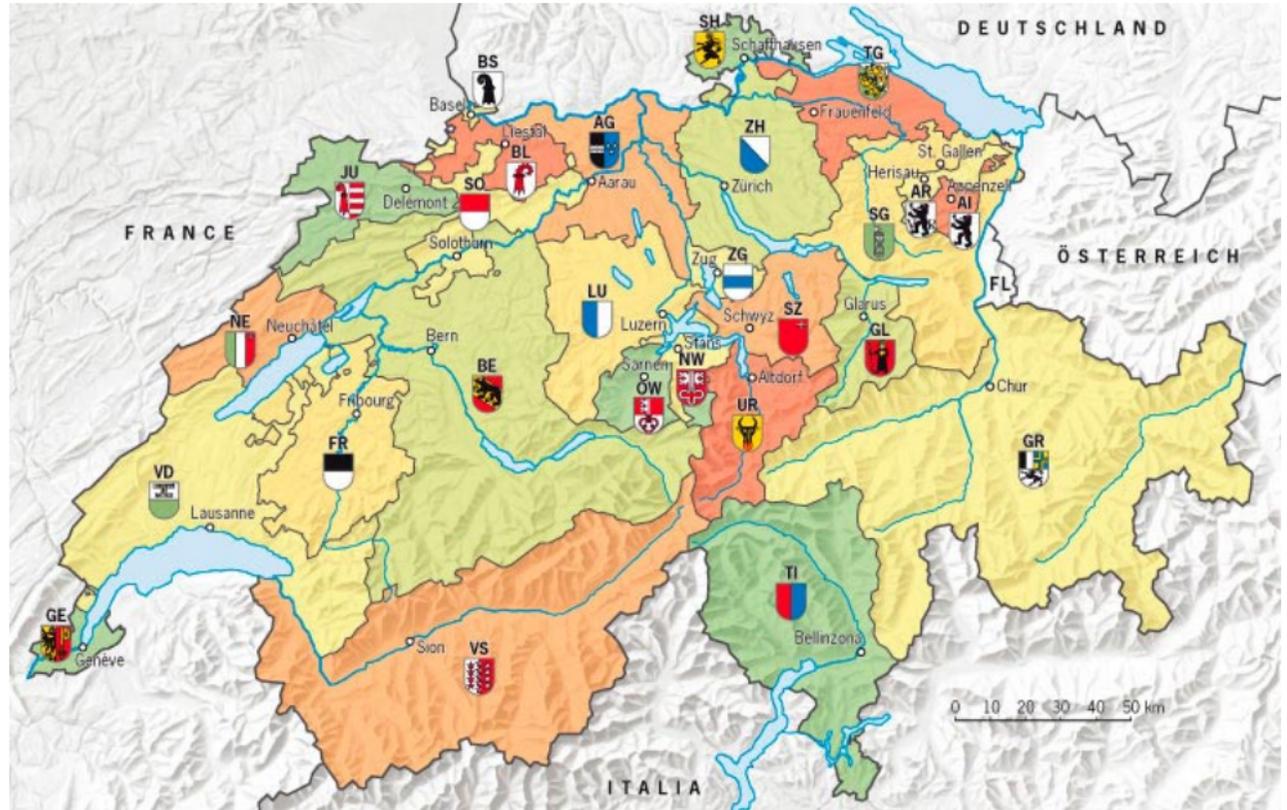
► www.statistik.admin.ch → Regional → Regionale Disparitäten

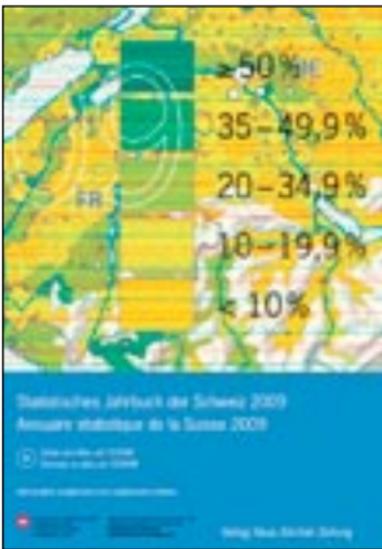
Die Schweiz und ihre Kantone

26 Kantone
166 Bezirke
2636 Gemeinden
Stand 1.1.2009

o Kantonshauptort

Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 2





Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2009 inkl. CD-ROM

Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten.

Die dem Jahrbuch beigelegte CD-ROM enthält den Inhalt des Jahrbuchs 2009, ergänzt durch zahlreiche regionalstatistische und weitere zusätzliche Tabellen, sowie zwei

interaktive Atlanten, den neuen Statistischen Atlas der Schweiz und den Stat@las Europa.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik.

552 Seiten (gebunden), Fr. 130.– (inkl. CD-ROM).

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Das **Portal Statistik Schweiz** (www.statistik.admin.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. In der Infothek werden verschiedene Datenbanken (wie das Statistische Lexikon und die Online-Datenrecherche) zusammen mit umfassenden Informationen zu den statistischen Grundlagen (Erhebungen, Register, Nomenklaturen) angeboten; attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnie rung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten; die Seite «Neues im Portal» bietet eine Übersicht über die neusten Publikationen der letzten 30 Tage.